

E & W

Erziehung & Wissenschaft 12/2013
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



computerspiele

Ein Perspektivwechsel



JÖRAN
MUUSS-MERHOLZ



Von Computerspielen lernen

Nur noch selten lesen Pädagoginnen und Pädagogen im Universallexikon der Erziehungs- und Unterrichtslehre. Hier findet sich in Band II ab Seite 144 eine pointierte Beschreibung der Folgen exzessiver Nutzung neuer Medien. Von der „verfrühten jugendlichen Reife“, vom Verlust des Realitätssinns und von der „Anstiftung zu Sex und Verbrechen“ ist die Rede. Eine „unmäßige Begierde“ führe zu „Zeitverschwendung“ und „Abspannung der eigenen Seelenkräfte“. Jugendliche verlorren bei der exzessiven Mediennutzung ihr Konzentrationsvermögen, weil sie sich „wie in einem träumenden Zustande“ daran gewöhnten, „alles nur auf die Unterhaltung ihrer Phantasie zu leiten.“

Dass das Universallexikon der Erziehungs- und Unterrichtslehre kaum noch gelesen wird, mag daran liegen, dass es 1859 erschien. Der zitierte Abschnitt beschreibt die „Lesesucht (Leseseuche)“. Die Thesen, die heute von Lehrkräften, Eltern, Feuilletonisten oder Hirnforschern gegen Computerspiele ins Feld geführt werden, sind also nicht grundsätzlich neu.

Um frischen Wind in die Diskussion zu bringen, helfen Gedankenspiele wie das des Medientheoretikers Steven Berlin Johnson. Er fragt: Was wäre, wenn die Bücher erst erfunden worden wären, als die Computerspiele schon längst da waren? Die Vorwürfe gegen das „neue Medium Buch“ wären allumfassend: Zurückgezogen hinter den neomodischen Büchern würden Kinder und Jugendliche in Phantasiewelten gesogen und vom Rest der Welt isoliert werden. Ihre Sinne drohten zu verkümmern, weil sie sich beim Lesen nicht nur kaum bewegten, sondern ihre Wahrnehmung auf monotone, schwarzweiße Zeichenwelten begrenzten.

Im schulischen Alltag sind die Fragen rund um Computerspiele profaner. Von der grassierenden Montagsmüdigkeit oder -hippeligkeit über die Verherrlichung von Gewalt und Sexismus bis zu exzessivem Nutzungsverhalten – all das gibt es, zweifellos. Aber eine Antwort auf die Frage „Warum sind Spieler in der Schule müde?“ könnte auch lauten: Weil sie

bis spät in die Nacht mit Ausdauer, Frustrationstoleranz und Intensität gelernt haben. Sie haben mit anderen kooperiert und nach dem Scheitern immer neue Anläufe unternommen. Sie sind stolz auf ihre Ergebnisse und wollen immer weitermachen, solange sie noch Fortschritte erzielen können. „Spaß am Spiel entsteht mit zunehmender Beherrschung und mit zunehmendem Verständnis. Der Lernprozess macht süchtig“, schreibt Raph Koster. Computerspieler lieben das Lernen. Es ist nicht der gleiche Lernbegriff, den wir in der Schule in den Vordergrund stellen. Aber es gibt große Übereinstimmungen in Grundannahmen und Zielsetzungen.

Ein gutes Spiel ist an folgenden Elementen zu erkennen: 1. Selbstwirksamkeit: Ich habe Gewissheit, dass mein eigenes Handeln Auswirkungen hat. 2. Orientierung: Ich habe ein klares Ziel und erreichbare Etappen auf dem Weg dorthin. 3. Optimismus: Ich habe die Aussicht darauf, erfolgreich zu sein – wenn auch erst nach vielem Üben, vielen Anläufen und Irrwegen. 4. Soziale Einbindung: Ich kann mit anderen zusammenarbeiten, bekomme positive Gruppenerlebnisse und Feedback von Gleichgesinnten. 5. Freude: Die Anforderungen an mich steigen mit meinen Fortschritten, so dass ich erfahre, dass ich immer besser werde. 6. Freiwilligkeit: Meine Tätigkeit ist autotelisch: Ich spiele, weil ich es will und nicht, weil man mich drängt. 7. Planung: Es lohnt sich, über den Moment hinaus Strategien für mein Handeln zu entwickeln.

Alle Punkte sollten uns Pädagogen bekannt vorkommen. Sie sind die Elemente eines idealen Lernprozesses. Viele Computerspiele schaffen oft genau das, woran wir große Mühe haben. Das ist frustrierend. Es kann aber auch inspirierend sein. Schauen wir also, wie wir konstruktiv mit Computerspielen umgehen und was wir von ihnen lernen können. Dafür ist es notwendig, sie besser kennenzulernen.

Jöran Muuß-Merholz,
Diplom-Pädagoge, Dozent und Berater für Lernen mit digitalen Medien

*Liebe Leserinnen und Leser,
wir wünschen ein friedliches wie frohes Weihnachtsfest
und ein gutes, glückliches 2014!
Ihre E&W-Redaktion*

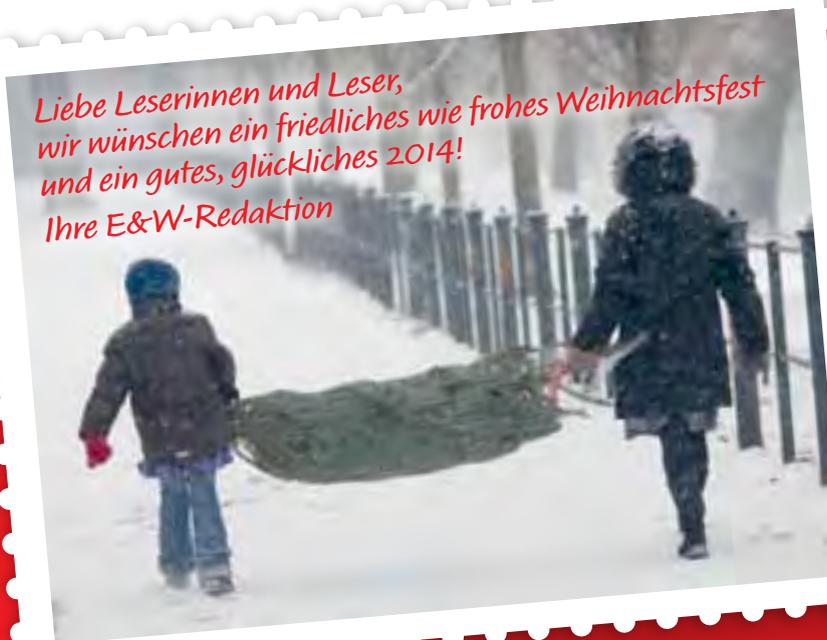


Foto: dpa

Inhalt

Gastkommentar

Von Computerspielen lernen

Seite 2

Impressum

Seite 3

Auf einen Blick

Seite 4

Prämie des Monats

Seite 5

Schwerpunkt: Computerspiele

1. Eintritt in die Spielwelt: Autos klauen – Paläste bauen

Seite 6

2. Was Lehrkräfte über Computerspiele wissen sollten

Seite 9

3. Nicht ohne Risiko: Die Hemmschwelle sinkt

Seite 10

4. Interview mit dem Medienpädagogen Christoph Thiel:

„Wie eine Löschtaste für das Gehirn“

Seite 16

5. Für die Praxis: Wie Napoleon das Klassenzimmer erobert

Seite 18

Tarifpolitik

Gesprächsangebot der TdL: Und sie bewegt sich doch ...

Seite 22

DIALOG –

Zeitschrift der Seniorinnen und Senioren

Seite 23 – 26

Arbeitspolitik

Arbeitsschutzgesetz: Mehr Schutz für die Psyche

Seite 27

Hintergrund Mehrsprachigkeit und Sprachstand

1. Sprachtests für Kita-Kinder: Auf dem Prüfstand

Seite 28

2. Unterschiedliche Förderung:

Berliner Nischen – Hamburger Mühen

Seite 30

3. Beispiel Schweden: Allen ihre Sprache

Seite 32

Bildungspolitik

1. E&W-Länderserie Inklusion: Schleswig-Holstein

Seite 34

2. GEW-Kommentar: Agenda für inklusive Bildung

Seite 36

Internationales

Spendenauftrag Heinrich-Rodenstein-Fonds:

Wohnungen für Brandopfer in Südafrika

Seite 37

Hochschule

GEW-Wissenschaftskonferenz:

Angst und fehlende Perspektiven

Seite 38

Gesellschaftspolitik

Zuwanderung aus Südosteuropa:

„Der politische Rahmen muss sich ändern“

Seite 40

Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit

Interview mit Venkat Reddy:

Schule statt Baumwollfelder

Seite 42

GEW-intern

1. Betrifft: SEPA

Seite 44

2. Mehr Geld für Streikkasse

Seite 45

Leserforum

Seite 45 – 46

Diesmal

Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

**Prämie
des Monats
Seite 5**

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 65. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund

Vorsitzende: Marlis Tepe

Redaktionsleiter: Ulf Rödde

Redakteurin: Helga Haas-Rietschel

Redaktionsassistentin: Renate Körner

Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,

Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

renate.koerner@gew.de, www.gew.de

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann, Hedderheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH,

Goldammerweg 16, 45134 Essen

Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller

Telefon 0201 84300-0, Fax 0201 472590

anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de

gültige Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. 5. 2012,

Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.



ISSN 0342-0671



Foto: dpa

Geschafft: die Großkoalitionäre nach dem Verhandlungsmarathon

Koalitionsvertrag: kein Aufbruch in der Bildung

Mit dem Koalitionsvertrag, den CDU, CSU und SPD nach Marathongesprächen am 27. November unterzeichnet haben, ist den Koalitionären kein großer Coup gelungen: Keine Abschaffung des Bund-Länder-Kooperationsverbotes in der Bildung, keine Aussage zu einer BAföG-Reform, die den gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden Rechnung trägt, kein Ganztagschulprogramm. Noch im Bundestagswahlkampf hatten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und andere führende Unionspolitiker Bundesmittel für Ganztagschulen in Aussicht gestellt. Und: Die von Union und Sozialdemokraten zugesagten Hilfen für die Grundfinanzierung der Hochschulen bleiben laut Vertrag auf diese Legislaturperiode befristet. Gleichwohl will der Bund die Länder bei ihren Aufwendungen für „Krippenplätze, Kitas, Schulen und Hochschulen“ mit sechs Milliarden Euro entlasten. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sagte vor Wissenschaftlern, sie könne allerdings nicht garantieren, dass dieses Geld tatsächlich auch von den Ländern an den Bildungsbereich weitergeleitet werde. „Die strukturelle Unterfinanzierung des Bildungswesens werden die zusätzlichen Mittel zudem nicht beseitigen können“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die bildungspolitische Bilanz des Koalitionsergebnisses falle „ernüchternd“ aus: kein Signal für einen Aufbruch in der Bildung.

HRK enttäuscht Erwartungen

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat Mitte November in Karlsruhe den Entwurf ihres Präsidiums zu einem „Orientierungsrahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ mehrheitlich abgelehnt. Vorgesehen war, dass sich die Mitgliedshochschulen der HRK auf transparente Befristungsregelungen, Personalentwicklungskonzepte und Zusatzqualifikationsangebote für ihre Beschäftigten verpflichten. „Mit ihrem negativen Votum haben die Rektoren und Präsidenten nicht nur die Erwartungen vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen enttäuscht, sondern auch die der Politik“, kritisierte Andreas Keller, GEW-Vorstand für Hochschule und Forschung. Die Rektoren und Präsidenten ignorierten damit die Aufforderung des Deutschen Bundestages aus dem Juni 2013, der übermäßigen Befristungspraxis an den Hochschulen mit einer Selbstverpflichtung entgegenzuwirken. Mehr zum Thema in E&W 1/2014.

Fünf Jahre Bildungsgipfel: kritische Bilanz

Beim Bildungsgipfel von Bund und Ländern 2008 in Dresden propagierten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten ehrgeizige Ziele. Eine aktuelle DGB-Studie zieht nach fünf Jahren kritische Bilanz: Noch immer erreichen fast sechs Prozent der Jugendlichen keinen Hauptschulabschluss. Das sind in diesem Jahr immerhin 48 000 Jugendliche. Zum Vergleich: 2008 waren es acht Prozent aller Schulabgänger. Merkel und die Länderchefs hatten angestrebt, die Zahl der Schulabbrecher bis 2015 auf vier Prozent zu halbieren. Der Bildungsforscher Klaus Klemm, der im Auftrag des DGB die Fünf-Jahres-Analyse erstellte, bezweifelt, dass dieses ehrgeizige Ziel „in absehbarer Zeit“ realisiert werden könnte. Die Hälfte aller Schulabgänger ohne Abschluss habe zuvor Förderschulen besucht. Ein abgestimmtes und überzeugendes Konzept zur Unterstützung dieser Schülerinnen und Schüler sei aber nicht in Sicht. Schleppend verläuft auch die Umsetzung eines anderen politischen Ziels: die Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss bis 2015 von 17 Prozent im Jahr 2008 auf 8,5 Prozent zu halbieren. 2012 waren noch 14,9 Prozent der 20- bis 29-Jährigen ohne beruflichen Abschluss. Das sind fast 1,5 Millionen junge Erwachsene.



GEW-Ideenwettbewerb „Kinderarbeitsfreie Zone“

Kinderarbeit geht weltweit zurück. Aber noch immer schuften etwa 168 Millionen Kinder in Bergwerken, Fabriken, auf Reisfeldern oder auf Müllhalden, berichtet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in ihrem aktuellen Report „Marking progress against child labour“*. Wer sich am GEW-Ideenwettbewerb „Kinderarbeitsfreie Zone“ beteiligen will, kann noch bis zum 31. Dezember Beiträge einreichen, die eine Auseinandersetzung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit dem Thema dokumentieren. Die Preisverleihung findet am 28. März 2014 auf der didacta-Bildungsmesse in Stuttgart statt.

*Der Bericht steht zum Download bereit unter http://www.ilo.org/ipecc/Informationresources/WCMS_221513/lang--en/index.htm

www.gew-ideenwettbewerb.de

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied unternehmen Sie etwas gegen die Ungerechtigkeit in der Welt.*

Prämie des Monats Dezember:

30 Euro Spende für Fair Childhood oder den Heinrich-Rodenstein-Fonds



**Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
unter www.gew.de/Praemienwerbung.html**

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211**

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Name	GEW-Landesverband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße/Nr.	Telefon Fax
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ/Ort	E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Autos klauen –

// Sie spielen selbst keine Computerspiele, aber wollen Ihre Schüler verstehen, die viel Zeit damit verbringen? Wir haben uns die beliebtesten Computerspiele der Jugendlichen angeschaut und sie gefragt, was sie an den Spielen so fasziniert. Ein Perspektivwechsel. //

Wer Schülerinnen und Schüler fragt, warum sie Computerspiele spielen, sollte mit einer Gegenfrage rechnen: „Warum nicht?“ Jugendliche spielen heutzutage mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der andere Menschen lesen oder fernsehen. Spiele sind Teil ihrer Lebenswirklichkeit, bei Jungs noch stärker als bei Mädchen.

Wer heute zur Schule geht, wurde geboren, als Super Mario, Lara Croft und

das gelbe Pokémon Pikachu bereits Ikonen waren. Diese Figuren verkörpern ein Zocker-Lebensgefühl, stehen für Spaß, Abenteuer, Wettbewerb. Für Heranwachsende sind Spiele kein „neues Medium“ mehr. Ein schwarz-weißer Gameboy und Spiele-Automaten wirken mittlerweile so antiquiert wie ein Telefon mit Wählscheibe. Kein Kind erstaunt, dass ein Videospiel eine dreidimensionale Grafik hat. Es ist normal.

Auch wenn häufig von „den Spielern“ die Rede ist: Kinder und Jugendliche, die sich für Computerspiele interessieren, sind keine homogene Gruppe. Nicht jeden reizen dieselben Spiele, schon deshalb bietet der Markt tausende Titel – vom Singspiel bis zum interaktiven Film, vom Autorennen bis zum Flugsimulator. Manche Spieler drehen in virtuellen Welten gern auch

den letzten Stein um, andere sehnen sich nach klaren Aufgaben und schnellen Erfolgen.

„GTA 5“: Stadt zum Austoben

Das derzeit wahrscheinlich „angesagteste“ Spiel, das Spielertypen vom Entdecker bis zum Draufgänger anspricht, ist „GTA 5“. Obwohl erst ab 18 Jahren freigegeben, kennt es jeder Spielefan: durch Freunde und Geschwister, durch Werbeplakate und Fernsehspots. „GTA 5“ versetzt den Spieler in ein überspitzt dargestelltes Amerika und inszeniert dort eine vielschichtige Gangster-Geschichte. Aber die Spielwelt lädt auch ein, sich auszuprobieren und, ja auch, auszutoben. Samt Tag- und Nachtwechsel simuliert das Spiel eine Metropole, in



Foto: Rockstar Games

Spiele wie „GTA 5“ ermöglichen das Abtauchen in eine eigene Welt, in der fast alles möglich ist. Das birgt auch Risiken.

Paläste bauen

der Fußgänger und Autos unabhängig vom Spieler unterwegs sind. Abseits der Hauptgeschichte ermöglicht „GTA 5“ in dieser virtuellen Stadt vieles, was im echten Leben unmöglich oder zumindest verboten ist – das reizt Kinder wie Erwachsene. Manchmal schlagen Spieler nur über die Stränge, weil sie wissen wollen, wie weit sie in dieser Parallelwelt „gehen“ können.

Wer will, kann mit seiner Figur Helikopter fliegen, tauchen gehen oder per virtuellem Smartphone in einem fiktiven Internet surfen. Er kann aber auch Autos klauen, Passanten erschießen, Geschäfte ausrauben. Vom Sightseeing-Trip wandelt sich „GTA 5“ schnell zum brutalen Ballerspiel. Da wird es zum Problem, dass das Spiel auch von vielen Minderjährigen gespielt wird.

Auf der Spiele-Website Gameswelt.de hat ein Lehrer beschrieben, wie seine Schüler über „GTA 5“ reden: „Die Kinder sind in einer Art und Weise fasziniert, die ich durchaus als bedenklich einstufen möchte“, meint der Pädagoge. „Vor allem die Jüngeren finden den Gedanken spannend, Autos zu klauen, mit Drogen zu dealen und ein Strip-Lokal zu besuchen.“ Seiner Einschätzung nach fehlt gerade vielen jungen Spielern Hintergrundwissen, um das Spiel so zu verstehen, wie von den Entwicklern beabsichtigt: „Dass GTA 5 ultrasarkastisch und -satirisch ist, sehen sie gar nicht.“ Für Minderjährige ist das Spiel nicht nur deswegen nicht geeignet.

„Minecraft“: im virtuellen Sandkasten

Ein Spiel, dessen Faszination selbst manchem Vielspieler verborgen bleibt, ist „Minecraft“. Vor allem junge Spieler mögen dieses, trotz der altbackenen Grafik. Vergleichen lässt sich die Spielwelt von „Minecraft“ mit einem virtuellen Sandkasten: Solange das nötige Material vorhanden ist, lässt sich fast alles vollständig umbauen. Jeder Baum, je-

der Felsen besteht aus kleinen Blöcken, die sich abbauen und für eigene Zwecke verwenden lassen, etwa zum Errichten von Gebäuden.

Das Spiel ist schlicht gehalten und verlangt vom Spieler Eigeninitiative. Wie ein Haufen Lego-Steine, der vor jemandem auf dem Boden liegt. Trotzdem hat die „Minecraft“-Spielerschaft mittlerweile unzählige Orte nachgebaut, von Hogwarts, der Schule aus „Harry Potter“, bis zum Kölner Dom. Wer in diesem Spiel Häuser oder Paläste entstehen lässt, macht das, weil er Lust darauf hat und ein Ziel vor Augen. Weil er dabei einen Flow erlebt, ein Gefühl völliger Versunkenheit ins eigene Tun, wie es andere vom Schreiben oder Joggen kennen. Weil er mit seinem Werk andere beeindrucken kann, wie beim Schneemannbauen. Sein Mehrspielermodus macht „Minecraft“ noch interessanter: Über das Internet können Spieler von verschiedenen Computern aus zusammenarbeiten – das Realisieren ambitionierter Bauprojekte wird so noch einfacher.

„Call of Duty“: Kräftemessen am Computer

Natürlich werden Spiele aber nicht nur im Team gespielt. In vielen Titeln steht der Wettbewerb im Vordergrund, mit Siegern und Verlierern, wie bei „Mensch ärgere dich nicht“ oder „Monopoly“. „In meiner 8. und 9. Klasse spielen die Jungs regelmäßig Shooter“, erzählt Lehrer Christoph Brüning aus Neunkirchen. „Es geht dabei ums Kräftemessen. Das ist auf dem Sportplatz möglich, aber auch mit Spielen.“ Eines der bekanntesten Shooter-Spiele heißt „Call of Duty“. Wegen der expliziten Gewaltdarstellung ist fast jeder Serienteil erst ab 18 Jahren freigegeben. Das hält allerdings nur die wenigsten Jugendlichen vom Spielen ab.

Der Gewalt-Aspekt bei Computerspielen darf in ihrer Wirkung auf Minder-

Die beliebtesten Computerspiele der Jugendlichen

Als Teil der JIM-Studie Jugendinformation (Multi-Media) 2013 wurden Jungen und Mädchen zwischen zwölf und 19 Jahren zu ihren Lieblingsspielen befragt:

1. „Fifa“ (Fußballspiel): 19 Prozent der Gesamtnennungen, männlich: 30, weiblich: fünf,
2. „Call of Duty“ (Ego-Shooter): 14 Prozent der Gesamtnennungen, männlich: 24, weiblich: drei,
3. „Temple Run“ (Jump ‘n’ Run): zwölf Prozent der Gesamtnennungen, männlich: vier, weiblich: 21,
4. „Die Sims“ (Lebenssimulation): zehn Prozent der Gesamtnennungen, männlich: zwei, weiblich: 19 und
5. „Minecraft“ (Open-World-Spiel): neun Prozent der Gesamtnennungen, männlich: 14, weiblich: drei.

„GTA 5“ war zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht erschienen. Die Lieblingsspiele der Sechs- bis 13-Jährigen auf S. 13.

jährige keinesfalls unterschätzt werden (s. S. 10 ff.), das Hauptmotiv fürs Spielen ist bei Jugendlichen jedoch meist ein anderes: Entscheidend ist aus ihrer Sicht der Wettkampf. Per Internet lässt sich „Call of Duty“ auch über den eigenen Freundeskreis und Landesgrenzen hinaus spielen. Selbst wer im realen Leben kontaktscheu ist, braucht online nur wenige Minuten, bis er sich im Wettkampf mit Gegnern aus aller Welt befindet. Das kann allerdings auch dazu verleiten, sich zunehmend in virtuelle Welten zurückzuziehen.

Und noch etwas macht Spiele wie „Call of Duty“ für Kinder attraktiv: Sie geben ihnen das Gefühl von Macht und das Empfinden, ihr Schicksal selbst in



Foto: Electronic Arts

Im Computerspiel „Die Sims“ ist der Spieler zugleich Regisseur, Hauptdarsteller und Zuschauer seiner eigenen Daily Soap.

der Hand zu haben. Der Forscher Konstantin Mitgutsch erklärt das anhand einer Explosion auf dem Bildschirm: Übersetzt bedeute diese Reaktion auf das Spielerhandeln: „Ja, du hast durch dein Können und Wissen, deine Reaktion, deine Strategie und Kooperation all das ausgelöst. – Heranwachsende lieben das Gefühl, etwas zu bewirken“, schreibt Mitgutsch.

„Die Sims“: interaktive Daily Soap

Während Ballerspiele wie „Call of Duty“ vor allem bei Jungs ankommen, steht bei Mädchen seit Jahren „Die Sims“ hoch im Kurs – eine interaktive Daily Soap. Die Spielerin hilft Figuren oder Familien dabei, ihr Leben von der Karriereplanung bis zur Liebesbeziehung zu entwerfen. Mit der Zeit altern die Figuren, irgendwann sterben sie sogar. Mit diesem Konzept ist „Die Sims“ nah am echten Leben – mit dem Vorteil,

dass sich am Computer fast jede Fantasie einfacher und unproblematisch, weil folgenlos, ausleben lässt. Besonders das Bauen und Einrichten von Häusern motiviert viele Spielerinnen und Spieler – ähnlich dem oben vorgestellten „Minecraft“.

Regelmäßig wird die „Sims“-Welt durch kostenpflichtige optionale Zusatzinhalte erweitert, etwa um Haustiere. So gibt es auch für Vielspieler Neues zu entdecken und – durchaus problematisch – Anreize, noch mehr echtes Geld auszugeben: Wer will, kann locker mehrere hundert Euro im „Sims“-Universum loswerden. Für Vielspieler kann das zum finanziellen Desaster werden.

„Temple Run“: Jagd auf den Rekord

Ein weiteres Spiel, das vor allem Mädchen mögen, ist „Temple Run“: Das Smartphone-Spiel ist schnell zu lernen, aber schwierig zu meistern. Über einen

Tempel-Parcours muss die Spielerin oder der Spieler versuchen, möglichst lange vor bösaartigen Affen zu fliehen – dafür braucht es schnelle Reaktionen. Wer zögert, verliert.

Im Alltag dient das prinzipiell endlose Spiel oft als Pausenfüller: Es wird gespielt, um Zeit zu überbrücken, im Bus oder in der Supermarkt-Warteschlange. Anders als bei „Call of Duty“ fordert der Spieler in „Temple Run“ weniger andere, als sich selbst heraus: Er oder sie kämpft um den Punkterekord. Auf ähnliche Weise locken auch andere bei Mädchen beliebte Spiele, wie das Singspiel „SingStar“. Zum Dranbleiben animiert vor allem der Gedanke „Ich kann es noch besser, wenn ich mich konzentriere“. Wie gern würden Lehrkräfte so einen Satz im Unterricht hören.

Markus Böhm,
freier Journalist

Was Lehrkräfte über Computerspiele wissen sollten

// Unser Autor hat sich von Schülerinnen und Schülern beraten lassen und gesammelt, was Lehrerinnen und Lehrer über Videospiele wissen sollten. Zehn Tipps. //

1. **Videospielen macht Spaß – deshalb verbringen Schülerinnen und Schüler damit ihre Freizeit.**
Vergangenes Jahr spielten drei von fünf Jugendlichen mindestens alle 14 Tage. Auch für Mädchen ist das Spielen längst ein normales Hobby. Nur jede dritte Zwölf- bis 19-Jährige spielt überhaupt nicht.
2. **Der Anteil gewalthaltiger Spiele am Gesamtangebot ist kleiner als ihre Medienpräsenz suggeriert.**
Ein Großteil der Spieler vergnügt sich mit harmlosen Titeln. Das bei Jugendlichen beliebteste Spiel ist der JIM-Studie 2013 zufolge kein Ballerspiel, sondern das Fußballspiel „Fifa“.
3. **Viele Spieler ärgert es, wenn von „Killerspielen“ die Rede ist.**
Denn die Hauptfigur eines Spiels ist nur selten ein Killer. Passender für ein Spiel, in dem viel geschossen wird, ist aus ihrer Sicht der Begriff „Ballerspiel“. Das ist weniger wertend. Das häufig kritisierte „World of Warcraft“ ist übrigens kein Baller-, sondern ein Rollenspiel, in dem man als Krieger, Magier oder Jäger eine Fantasiewelt erkundet – übers Internet gleichzeitig mit zig anderen Spielern.
4. **Ich muss Videospiele nicht selbst spielen, um sie kennenzulernen.**
Auf YouTube gibt es Tausende sogenannte „Let’s play“-Videos, mit denen man anderen beim Spielen zusehen kann – viele Schülerinnen und Schüler machen das regelmäßig. Zum Finden der Clips im YouTube-Suchfeld am besten „Let’s play“ und den Spielnamen eingeben.
5. **Spielen ist ein kreatives Hobby.**
Viele Spieler stört es, wenn ihr Hobby auf Ballerspiele und Reaktionstests reduziert wird. In Abenteuerspielen beispielsweise lösen sie komplexe Rätsel, in Wirtschaftssimulationen verwalten sie ganze Städte. Und es gibt sogar Spiele, in denen man die Spielwelt nach eigenen Vorstellungen neu gestalten kann.
6. **Eine Verabredung zum Spielen ist auch eine zum Reden.**
Die abendliche Runde Konsolenfußball oder „Mario Kart“ ist oft nur der Anlass dafür, Zeit mit Freunden zu verbringen. Kinder treffen sich zum Unterhalten ja eher selten auf einen Kaffee.
7. **Spielen muss kein einsames Hobby sein.**
Langfristig am spannendsten finden die meisten Jugendlichen Titel, die sich mit oder gegen Freunde spielen lassen. Auch Ballerspiele lassen sich übers Internet in Mannschaften spielen. In „Counter-Strike“ zum Beispiel sprechen manche Teams ihre Spieltaktik per Headset ab – es geht also auch um Kommunikation und Zusammenarbeit.
8. **Vielspieler nervt der Vorwurf, süchtig zu sein.**
Das Zeitgefühl verliert man auch schnell bei Büchern oder Fernsehserien – bei diesen Medien ist der Dauerkonsum aber sozial akzeptiert. Die Sorge, dass ein Spieler Leben und Spielwelt irgendwann nicht mehr auseinanderhalten kann, ist selten begründet.
9. **Manchen hilft Videospielen bei der Persönlichkeitsfindung.**
Vor allem Rollenspiele bieten die Möglichkeit, mit der eigenen Identität und Sexualität zu experimentieren. Jungs können mal eine Frau spielen oder im Spiel mit einem Mann zusammen sein, ohne dies vor irgendwem rechtfertigen zu müssen.
10. **Von Zeit zu Zeit tut es gut, allein in virtuelle Welten abzutauchen.**
Nach mehreren Stunden Unterricht, ständig beobachtet von Lehrkräften und Mitschülern, schalten viele Heranwachsende gerne auch mal geistig ab. Diese Möglichkeit zum Rückzug ist ihnen wichtig.

Markus Böhm,
freier Journalist

Links zu den Organisationen:
Spieleratgeber-NRW – <http://www.spieleratgeber-nrw.de/>
SIN – Studio im Netz – <http://www.sin-net.de/>
 Bei der Recherche haben dem Autor die Kölner Ü12-Testergruppe des SpieleratgeberNRW, ein Team des Münchner „SIN – Studio im Netz“ sowie mehrere Schülerinnen und Schüler aus Mettmann (NRW) geholfen.

Die Hemmschwelle sinkt

// Computerspiele gehören heute zum Alltag vieler Jugendlicher. Konsumiert werden dabei nicht nur harmlose Strategiespiele, sondern auch brutale „Ego-Shooter“ – selbst von Minderjährigen. Während Kriminologen vor einer Abstumpfung gegenüber Gewalt warnen, meinen manche Medienpädagogen: Computerspiele könnten für das Lernen nützlich sein – sogar Ballerspiele. //

Anfang 2012 veröffentlichte die Universität Lüneburg eine Studie zur Mediennutzung Jugendlicher. Die Zehn- bis 18-Jährigen, so die zentrale Aussage der Forscher, hätten mittlerweile einen solch selbstverständlichen Umgang mit den neuen Medien entwickelt, dass sie als „digitale Eingeborene“ bezeichnet werden könnten. Ein Großteil der Internetzeit werde dabei mit Computerspielen verbracht. Unproblematisch ist das nicht. Florian Rehbein, Thomas Möhle und Matthias

Kleimann vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) untersuchen seit dem Jahr 2005 in einer Längsschnittstudie das Mediennutzungsverhalten von Heranwachsenden. Mittlerweile, so das Ergebnis, weisen rund vier Prozent der Mädchen und 16 Prozent der Jungen ein exzessives Spielverhalten mit mehr als 4,5 Stunden täglicher Computerspielnutzung auf. Drei Prozent der Jungen und 0,3 Prozent der Mädchen werden vom KFN als computerspielabhängig eingestuft.



Im Zeitalter von Smartphones sind fixe Regeln zum Spielekonsum kaum noch durchzusetzen.

Foto: dpa

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ **Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich**
- ✓ **Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar**
- ✓ **Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen**

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft





Können Computerspiele Eigenschaften wie Teamfähigkeit oder interdisziplinäres Denken tatsächlich besser trainieren als der klassische Schulunterricht, wie Pädagoge Jens Wiemken meint?

Foto: dpa

Mädchen sind also deutlich weniger von Computerspielsucht betroffen als Jungen. Der Berliner Medienpädagoge Christoph Thiel (s. Interview S. 16) geht allerdings davon aus, dass die Unterschiede bei den Geschlechtern in Zukunft geringer werden. Zum einen gebe es heute auch für weibliche Jugendliche attraktive Genres wie das Online-Spiel „Die Sims“, in dem die Spieler Städte aufbauen und deren Infrastruktur betreiben müssen. Mit dem Durchbruch sozialer Netzwerke im Internet habe zudem die Computernutzung von Mädchen generell deutlich zugenommen, so Thiel.

Doch selbst ohne manifestierte Abhängigkeit gelten Computerspiele als problematisch. Der Ego-Shooter „Call of Duty“ etwa ist einer der beliebtesten Ableger seines Genres in der Altersklasse der 13- bis 17-Jährigen – und das, obwohl das aggressive

Spiel eine Altersfreigabe ab 18 Jahren hat. Rehbein, Mößle und Kleimann haben dazu 1000 Berliner Grundskinder unter zwölf Jahren befragt: 22 Prozent der männlichen Viertklässler gaben an, bereits solche Spiele zu konsumieren.

Umfeld ist wichtig

Die Forschungsergebnisse über die Folgen dieses Konsums sind jedoch nicht eindeutig. Gerade die Frage, wie beliebte Computerspiele mit gewalttätigen Inhalten auf Jungen wirken, ist nach wie vor ein Streitpunkt der Forschung. So betonen der Sozialwissenschaftler und Medienforscher Michael Kunczik und die Medienwissenschaftlerin Astrid Zipfel in ihrer Untersuchung „Medien und Gewalt“ (2010), dass die Persönlichkeit und das soziale Umfeld des betroffenen Menschen eine entscheidende Rolle spiele. Negative Medieneinflüs-

se könnten beispielsweise durch ein positives soziales Umfeld aufgefangen werden. Auch Mößle und Kleimann sehen diesen Zusammenhang, halten ihn allerdings nicht für entscheidend. Gewaltakzeptanz sei zwar „eng verknüpft“ mit Gewalterfahrungen im sozialen Nahfeld. Durch das Abschlagen von Zombies oder das Töten gegnerischer Soldaten wie in „Call of Duty“ komme es jedoch generell zu einer „Abstumpfung gegenüber Gewalt sowie einer Reduzierung der Mitleidsfähigkeit beim Anblick realer Gewalt (Empathie)“, betonten Mößle und Kleimann 2009 in der Zeitschrift „Kinderärztliche Praxis“. Gewalthaltige Spiele hätten eine deutlich stärkere aggressionsfördernde Wirkung auf ihre Konsumenten als entsprechende Filme, da die Spieler anders als die Zuschauer von Filmen stärker emotional in die Handlung eingebunden seien.

Belegt wird diese These mit ein-drucksvollen Studienergebnissen. So zeigten 20-Jährige, die seit ihrer Jugendzeit häufig Ego-Shooter spielen, bei denen sie in eine fiktive Rolle schlüpfen und ihre Gegner so realistisch wie möglich töten, im Test nicht nur eine empathisch abgeschwächte Reaktion auf Gewaltbilder, sie demonstrierten zudem bei „verhaltensnahen Aggressionstests“ eine geringere Hemmschwelle, Mitmenschen Gewalt anzutun. Auch wenn die Studie mit einer Zahl von 39 Probanden zu klein ist, um eine verallgemeinernde Aussage treffen zu können, wird sie immer wieder zur Begründung der These zitiert, dass brutale Computerspiele gewalttätiges Verhalten fördern.

Nachteile unbemerkt

Der Kriminologe Christian Pfeiffer wiederum bemängelt nicht nur die gewalttätigen Inhalte der Spiele. In seine Kritik bezieht der Direktor des KFN ausdrücklich alle Spiele und alle Bildschirmmedien mit ein. Wer zu viel Zeit vor dem Fernseher oder dem Computer verbringe, sacke in der Schule automatisch ab. Das sei ein Grund dafür, dass Jungen zunehmend zu den Bildungsverlierern gehörten, so Pfeiffer. Die Befunde des KFN sprächen eine eindeutige Sprache: Kinder, die bereits mit acht Jahren einen Fernseher, einen Computer und eine Spielekonsole ins Zimmer bekommen hätten, schnitten auch bei Schultests schlechter ab. In der Schule blieben diese Nachteile oftmals unbemerkt, weil auch dort immer mehr das trainiert werde, was die Jugendlichen durch die Spiele kennen würden: schnelle Reaktionen, Abfragen von Faktenwissen, lernen im Multiple-Choice-Format. Statt auf High-Tech-Bildung sollten die Schulen laut Pfeiffer verstärkt auf die klassische Lernförderung – Theaterprojekte, kleinere Klassenteiler, körperliche Bewegung – setzen.

Pfeiffers Schlussfolgerungen werden nicht von allen Fachleuten geteilt. Pädagogen wie Jens Wiemken versuchen, eine Symbiose zwischen Computerspiel und Bildungssystem herzustellen und beziehen hierbei sogar Gewalt-Spiele in ihre Arbeit mit ein. Vor einigen Jahren entwickelte Wiemken, der seit 1989 als Medienberater u. a. für Schulen tätig ist, das Projekt „Hardliner“. In dem im Jahr 2009 mit dem Dieter-Backe-Preis der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur sowie des Bundesfamilienministeriums ausgezeichneten Ansatz versucht Wiemken, Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Alltagsmedium zu erziehen, indem er die gewalthaltigen Games in „Räuber-und-Gendarm-Manier“ real

Die Top-Computerspiele der Kinder

Die KIM-Studie (Kinder + Medien, Computer + Internet) aus dem Jahr 2012 hat Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren nach ihren Lieblingsspielen gefragt:

1. „Super Mario“ (Jump ‘n’ Run): zwölf Prozent der Gesamtnennungen, bei Jungen wie Mädchen gleichermaßen beliebt,
2. „Fifa“ (Fußballspiel): neun Prozent, ausschließlich von Jungen genannt,
3. „Mariokart“ (Rennspiel): sieben Prozent, besonders Jungen,
3. „Die Sims“ / „Die Urbz“ (Lebenssimulation): sieben Prozent, besonders Mädchen,
5. „Need for Speed“ (Rennspiel): fünf Prozent, ausschließlich Jungen.

Zurück ins Leben
 Hilfe bei Depressionen, Sucht, Burn-out und Angsterkrankungen



Beratung und Information (kostenfrei)
0800 32 22 322

Wir bieten schnelle und nachhaltige Hilfe durch hochintensive und individuelle Therapien für Privatversicherte und Beihilferechtigte. Im Vordergrund des Heilungsprozesses steht das emotionale Profil und der achtsame Umgang mit den inneren Ressourcen unserer Patienten. Die Kliniken haben einen hervorragenden Ausstattungsstandard. Eine Sofortaufnahme ist jederzeit möglich – auch im akuten Krankheitsstadium. Wir unterstützen Sie bei der Klärung der Kostenübernahme.



Oberberg
 Psychotherapie Psychiatrie Psychosomatik

www.oberbergkliniken.de
 Die Standorte: Berlin/Brandenburg, Schwarzwald, Weserbergland



Andiamo in Italia – Wir stellen uns vor!

Wir sind Spezialist für **Gruppenreisen nach Italien.**

Viele Jahre Erfahrung in der Planung und Durchführung von **Klassenfahrten/Schulfahrten nach ganz Italien** zeichnen uns aus.

Daraus resultieren auch **sehr gute Kontakte** in das Land. Unter anderem zu vielen kleineren und mittleren Familienbetrieben, die **Schülergruppen gern willkommen heißen.** Sie erhalten bei uns ein **komplettes Angebot** mit Bus, Bahn, Flug oder nach „Baukastenprinzip“. Bei Busreisen arbeiten wir als Reiseveranstalter gern mit **Ihrem gewünschten Busunternehmen** zusammen.

Wir garantieren ein stets optimales Preis/Leistungsverhältnis!

Andiamo GmbH
 Stettiner Str. 25
 33803 Steinhagen
 Tel. 05204 889700
 Fax 05204 8897019
 e-mail info@andiamo-italia.de

Infos und Angebotsanfragen: www.andiamo-italia.de

Auf Wunsch auch Reisen mit ruf Reisebegleitung
www.ruf-klassenfahrten.de

nachspielen lässt – selbstverständlich ohne Einsatz wirklicher Gewalt. Seine These: Wenn Kinder und Jugendliche Gewalt-Games spielen, ist das nicht die Ursache von Aggression, sondern ein Symptom – ein Versuch, gesellschaftliche Gewaltprobleme zu verarbeiten.

„Computerspiele können Eigenschaften wie Teamfähigkeit oder interdisziplinäres Denken besser trainieren als dies der klassische Schulunterricht mit seinem 45-Minuten-Takt vermag“, ist Wiemken überzeugt. „In der Berufswelt ist eine Aufgabe heute auch nicht mehr nach einer vorher festgelegten Zeit abgeschlossen, sondern dann, wenn das Projektziel erreicht wurde.“ Auf ähnliche Weise funktionierten Computerspiele, selbst die verpönten Ego-Shooter. Schulen und Lehrkräfte sollten sich stärker als bisher auf die neuen Medien einlassen, meint der Experte, der u. a. die Landesmedienanstalt Niedersachsen in medienpädagogischen Fragen berät.

Computerfreie Klassen?

Der Ulmer Neurowissenschaftler Manfred Spitzer dagegen spricht sich für computerfreie Kinder- und Klassenzimmer aus. Seine These: Werden bei Kindern zu früh haptische durch digitale Erfahrungen ersetzt, hat dies negative Auswirkungen beim Aufbau neuronaler Prozesse in den Gehirnen der Kinder. Durch dieses „instabile neurale Grundgerüst“ seien später Lernprozesse nur noch eingeschränkt möglich.

Eine starre Begrenzung von Bildschirmzeiten oder Forderungen wie die Spitzers, Computer aus Kinder- und Klassenzimmern zu verbannen, seien wenig sinnvoll, wendet Wiemken ein. „Viele Empfehlungen atmen noch den Geist der 1970er-Jahre, als es maximal ein Bildschirmmedium pro Haushalt gab.“ Im Zeitalter von Multimedia-Handys, Tablet-PCs oder internetfähigen E-Book-Readern seien fixe Regeln nicht mehr praktikabel. Hinzu komme, so der Medienberater, dass an vielen weiterführenden Schulen mittlerweile das Notebook zum persönlichen Arbeitsmittel der

Die Spiele sind nicht das Wichtigste

Zwei Drittel der Sechs- bis 13-Jährigen spielen mindestens einmal pro Woche Computer-, Konsolen- und Onlinespiele; 22 Prozent von ihnen täglich. Die älteren Kinder spielen mehr als die jüngeren: Spielen unter den Sechs- bis Siebenjährigen acht Prozent täglich, so sind es bei den Zwölf- bis 13-Jährigen schon 36 Prozent. Eine umgekehrte Tendenz verzeichnen die Forscher allerdings bei Jugendlichen: Unter den Zwölf- bis 19-Jährigen nimmt die Bedeutung der Computerspiele mit zunehmendem Alter wieder ab. Im Schnitt spielen 42 Prozent von ihnen mindestens einmal in der Woche; differenziert man nach Geschlechtern, liegen Mädchen bei 20 Prozent und Jungen bei 63 Prozent. Auch unter den Jüngeren sind Computerspiele bei Jungen weiter deutlich beliebter als bei Mädchen. Während 16 Prozent der Jungen zwischen sechs und 13 Jahren angeben, niemals PC-, Konsolen- oder Onlinespiele zu nutzen, sind es bei den Mädchen 28 Prozent. Im Vergleich zu 2010 nahm die Zahl der regelmäßig spielenden Kinder insgesamt um vier Prozentpunkte zu, bei den Mädchen sogar um sechs. Auch die Spieldauer steigt: Unter den Sechs- bis Siebenjährigen spielen 16 Prozent mehr als eine Stunde täglich, unter den Zwölf- bis 13-Jährigen sind es 44 Prozent. Bei den Zwölf- bis 19-Jährigen liegt die durchschnittliche tägliche Spieldauer bei 56 Minuten an Wochentagen und 77 Minuten am Wochenende (Mädchen: 33 bzw. 41 Minuten / Jungen: 78 bzw. 112 Minuten).

Für Jungen im Alter von sechs bis 13 Jahren haben die Computerspiele mittlerweile den Fernseher in der Rangliste der liebsten Freizeitaktivitäten deutlich überholt. Bei den Mädchen rangiert das Thema auf Platz vier der Gesamtnennungen. Unangefochten auf den ersten beiden Plätzen der Lieblingsaktivitäten stehen bei beiden Geschlechtern aber nach wie vor „draußen spielen“ und „mit Freunden treffen“. Somit sind Computerspiele für Kinder in diesem Alter wichtig, aber nicht das Wichtigste.

Alle Zahlen stammen aus den Studien des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest zu Kindern und Medien (KIM) beziehungsweise Jugend und Medien (JIM) aus dem Jahr 2012. Die beiden Studien werden seit dem Jahr 1998 erhoben und können unter www.mpfs.de abgerufen werden. mhh

Schülerinnen und Schüler gehöre. Im Internet aber verwische die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit zusehends. „Jugendliche recherchieren für ein Referat und stoßen dabei auch auf Unterhaltungsangebote“, weiß der Pädagoge. Für die völlige Freigabe der „Droge Bildschirm“ ist er allerdings nicht. Für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter sollte die tägliche Bildschirmzeit durchaus begrenzt werden. Der Eintritt in die Welt der „digitalen Eingeborenen“ kommt für sie noch früh genug.

Jürgen Amendt,
Redakteur Neues Deutschland

***Studien: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen: Computerspielabhängigkeit im Kindes- und Jugendalter, 2009; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Medien und Gewalt-Befunde der Forschung 2004-2009; Links zu diesen und weiteren Studien zum Thema haben wir für Sie auf der Seite www.gew.de/Computerspiele.html zusammengestellt.**



Mitdiskutieren
[www.gew.de/
EundW.html](http://www.gew.de/EundW.html)

Ich mach Aufklärung mit Klasse.



DAS MEDIENPAKET FÜR DIE ARBEIT MIT JUGENDLICHEN:

- ➔ Liebe, Sexualität und Internet
- ➔ Körperveränderungen in der Pubertät
- ➔ Verhütungsverantwortung und Partnerschaft
- ➔ Selbstbestimmte Sexualität und Partnerschaft



Bestellen Sie das Medienpaket kostenlos unter der Bestellnummer 13353000 bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 51101 Köln, Fax: 0221-8992257, E-Mail: order@bzga.de, Internet: www.schule.lovefine.de oder www.bzga.de

**Bleib entspannt.
Mach dich schlau.**

Hier erhalten Sie auch weiterführende Informationen.

„Wie eine Löschtaste für“

// **Christoph Thiel, Medienpädagoge und -trainer aus Berlin, plädiert für klare Regeln beim Umgang mit Computerspielen. Lehrkräften empfiehlt er, den Spielekonsum ihrer Schüler im Blick zu behalten.** //

E&W: Anfang November veröffentlichte der Hersteller des Ego-Shooters „Call of Duty“ eine beeindruckende Zahl: Das Spiel wurde seit seinem Erscheinen im Jahr 2003 insgesamt rund 2,8 Millionen Jahre gespielt. Wie süchtig machen Computerspiele?

Christoph Thiel: Eine eindeutige Antwort ist schwierig. Genau darin liegt ja die Crux der schon seit Jahren geführten Debatte über die Auswirkungen von PC- oder Konsolenspielen etwa auf das soziale Verhalten oder das Leistungsvermögen in der Schule. Je nach Spiel und Spielertyp sind die Folgen unterschiedlich. Man weiß aus Studien, dass es Jugendliche gibt, die exzessiv sogenannte Action-Shooter spielen und trotzdem ein stabiles Lernverhalten aufweisen.

E&W: Sind Spiele mit Gewaltanteilen also weniger problematisch als gemeinhin angenommen?

Thiel: Mit verallgemeinernden Aussagen sollte man vorsichtig sein. Wenn Jugendliche zur Spielekonsole greifen, die bereits Schwierigkeiten in der Schule und möglicherweise auch wenig soziale Kontakte haben, können sich diese negativen Effekte durch den Computerspielkonsum noch verstärken.

E&W: Kann man wenigstens eindeutig sagen, welche Spiele besonders problematisch sind?

Thiel: Auch das ist schwierig. Einen besonderen Suchtcharakter haben die sogenannten Massively Multiplayer Online Role-Playing Games (MMORPG). Dazu zählt etwa das beliebte „World of Warcraft“. Das Besondere dieser Spiele ist, dass sich die Szenarien selbst dann weiterentwickeln,

wenn man nicht online ist, also fast ein Zwang besteht, ständig „am Ball zu bleiben“. Zudem werden sie mit fortschreitender Spieldauer komplexer, erfordern also einen zeitlich längeren und emotional intensiveren Einsatz. Aber auch hier gilt: Nicht jeder, der „World of Warcraft“ spielt, wird süchtig und sozial auffällig.

E&W: Wenn pauschalisierende Aussagen problematisch sind, woran können Lehrkräfte dann erkennen, ob einer ihrer Schüler gefährdet ist?

Thiel: Zunächst: Sie sollten sich über die gängigen Spiele informieren und wissen, dass viele Ego-Shooter, die eine Altersfreigabe von 18 Jahren haben, bereits von Jüngeren konsumiert werden. Schon 14-Jährige verbringen ihre Nachmittage damit, Zombies abzuknallen oder aus der Perspektive eines Soldaten an virtuellen Kampfhandlungen teilzunehmen. Pädagogen sollten weiterhin wissen, dass es vor allem männliche Jugendliche sind, die Gewaltspiele konsumieren. Und sie sollten ihrem Bauchgefühl vertrauen,

das ihnen sagt, dass solche Spiele grundsätzlich für Jugendliche problematisch sind.

E&W: Ab welchem Punkt sollte man als Lehrkraft intervenieren?

Thiel: Mit Sicherheit gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Konsum von Gewalt-Spielen und der Frage, ob Jugendliche den Einsatz von Aggression zum Lösen von zwischenmenschlichen Konflikten bejahen. Diese werden nicht gleich selbst zum Gewalttäter, aber sie akzeptieren Aggression als Lösungsoption. Zum Problem wird es, wenn die betroffenen Jugendlichen selbst Gewalterfahrungen ausgesetzt sind, z. B. zuhause geschlagen werden.

E&W: Selbst wenn nicht gleich aus jedem „Call of Duty“-Spieler später ein aggressiver junger Mann wird, gilt aber doch das, was Wissenschaftler wie der Neurobiologe Manfred Spitzer oder der Kriminologe Christian Pfeiffer seit Jahren anprangern: Wer sich häufig in virtuellen Welten aufhält, lernt schlechter und hat mehr Probleme in der Schule, weil er sich leichter ablen-

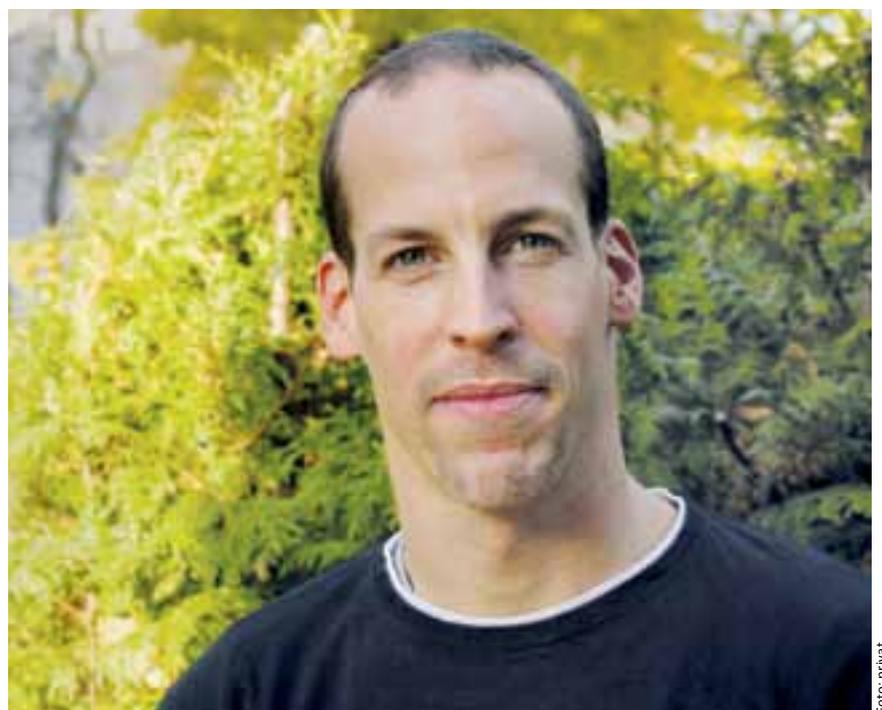


Foto: privat

Christoph Thiel: „Mit verallgemeinernden Aussagen sollte man vorsichtig sein.“

r das Gehirn“

ken lässt und weniger aufmerksam ist. Oder sind auch diese Sorgen unbegründet?

Thiel: Zumindest kommen neuere Studien zu anderen Aussagen. So will die Neurowissenschaftlerin Daphne Bavelier, die an den Universitäten in Genf und Rochester forscht, herausgefunden haben, dass Videospiele Kreativität, Entscheidungsfähigkeit und Wahrnehmung verbessern. Probanden mit jahrelanger Spielerfahrung waren eher als eine Vergleichsgruppe in der Lage, komplexe Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Interessant ist, dass dieser Befund selbst für Konsumenten gewaltsamer Action-Spiele gilt, die den Eltern zu Recht Sorgen machen. In Neuseeland wurde für die Therapie depressiver Jugendlicher sogar ein Spiel konzipiert, in welchem sich die Nutzer als Avatar in einer virtuellen Welt bewegen.

E&W: Ließen sich solche Spiele auch im Unterricht einsetzen, z. B. speziell auf den Unterrichtsstoff orientierte Adaptionen von Spielen, die bei Schülern beliebt sind?

Thiel: Sicherlich. Wichtig dabei ist, dass man in der Schule nicht zu früh damit anfängt.

E&W: Also nicht in der Grundschule?

Thiel: Zumindest erst gegen Ende der Grundschulzeit, wenn man weiß, dass die Kinder schon eine gewisse Vorerfahrung besitzen. Damit sind nicht Kenntnisse über die Inhalte der Spiele gemeint, sondern notwendige haptische Fähigkeiten.

E&W: Was raten Sie Eltern, die den Computerspielkonsum ihrer Kinder regulieren wollen?

Thiel: Grundsätzlich gilt: Zeit, die mit der Spielekonsole verbracht wird, steht nicht mehr für das Erledigen der Hausaufgaben, die

Vorbereitung auf die Klassenarbeit oder die sozialen Kontakte in der realen Welt zur Verfügung. Da müssen Mütter und Väter Regeln aufstellen, die sich daran orientieren, welche Folgen das Spielverhalten bereits auf die schulischen Leistungen oder die sozialen Beziehungen hat. Ich empfehle Eltern, Kinder ab dem Teenageralter in die Entscheidungen mit einzu beziehen und ein Zeitbudget für das Spielen zu vereinbaren. Wenig sinnvoll sind starre Regeln wie „eine Stunde täglich“. Besser sind Wochenkontingente, die sich das Kind selbstständig einteilen kann. Man sollte sich auch mit anderen Eltern absprechen und mit Pädagogen beraten.

E&W: Als ich noch zur Schule ging, lautete der Rat der Lehrkräfte an die Eltern: Erst die Hausaufgaben, dann dürfen die Kinder spielen. Gilt das auch für Computerspiele?

Thiel: Nein. Man weiß mittlerweile aus Studien, dass gerade PC- und Konsolen-Spiele, die zu einer hohen emotionalen Beteiligung führen, wie eine „Löschtaste im Gehirn“ wirken. Das Glücksgefühl, das nach dem Bewältigen einer Herausforderung im Computerspiel eintritt, überlagert das vorher Gelernte. Verantwortlich dafür ist eine Gehirnregion, die sowohl zuständig ist für das Zwischenspeichern von Informationen auf dem Weg vom Kurzzeit- in das Langzeitgedächtnis als auch dafür, Gefühle zu verarbeiten. Ich empfehle, dass zwischen dem Erledigen der Hausarbeiten und dem Beginn des Spielens mindestens eine halbe Stunde Ruhezeit eingelegt wird. Spielfrei sollte auch die letzte halbe Stunde vor dem Schlafengehen sein.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

#LiMA14 Walls and Bridges

Eure Werkstatt für Medienkompetenz

GEW-Mitglieder
erhalten vergünstigte
Organisations-Tickets



QR-Code
scannen und
anmelden!

Deutschlands größter Medienkongress

Berlin, 17. bis 23. März 2014 | HTW Campus Treskowallee
7 Tage | 200 Workshops | 2.000 Teilnehmer*innen
1.200 Stunden (Weiter-)Bildungsprogramm

Wer, wenn nicht Du?

Jetzt Frühbucher-Tickets sichern!

LiMA

→ lima14.de

LIMA-Partner*innen

Helle Panke

LIMA-Mediapartner*innen

taz, die tageszeitung

FUDUX

neues deutschland

www.kieler.de

Werte Trends

Forschungsjournal

Soziale Bewegungen

LIMA-Förder*innen

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AKTION

fzs

LIMA-Unterstützer*innen

ASTA

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • info@habichtswaldklinik.de



... wieder Atem schöpfen

In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin, Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Psychotherapie, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach §30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenkassen als „Gemischte Einrichtung“, die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Kostenloses Service-Telefon: 0800 / 8 90 11 00
Telefon Aufnahmebüro: 0561 / 3108 -186, -622



www.habichtswaldklinik.de

Wie Napoleon das Klassen

// Computerspiele können neuen Schwung in den Unterricht bringen und auch bei der Vermittlung klassischer Lehrinhalte größeres Interesse wecken. Zunehmend versuchen Lehrkräfte, sich das zunutze zu machen. //

Ein Modell aus Gips und Kleber erzählt davon, wie sich Deutschlands Schulen und die virtuelle Welt langsam nähern. Eine Zeit lang zierte es das Foyer des Neunkirchner Dietrich-Bonhoefer-Gymnasiums, mittlerweile steht es bei Lehrer Christoph Brüning zuhause. Es handelt sich um eine Miniatur-Version des Schulgebäudes, die nicht aus dem Kunstunterricht stammt, sondern aus einem Computerspiel. Im virtuellen Baukasten „Minecraft“ (s. S. 7) haben 18 Schülerinnen und Schüler das Gymnasium nachgebaut, freiwillig und an einem Samstag. Später ließ Brüning das Modell per 3D-Drucker ausdrucken und präsentierte es im Schulfoyer mit dem Text: Seht her, Spielen ist keine Zeitverschwendung. „So ein Ausdruck ermöglicht Eltern zu begreifen, was ihre Kinder am PC machen“, sagt Brüning, der Deutsch und Philosophie unterrichtet. „Und auch dem Kollegium hilft der Entwurf, mein Projekt zu verstehen. Diese ganze ‚Minecraft‘-Geschichte ist für manchen Kollegen noch immer befremdlich.“

Brüning weiß aus eigener Erfahrung, was Kinder an Spielen fasziniert. Dem Medium Videospiele steht der 32-Jährige offen gegenüber. In einem Interview mit der Technik-Website Golem.de sagte er Anfang 2010: „Wir haben keine andere Wahl, als Computerspiele mit in den Unterricht zu nehmen, weil das zur Lebenswirklichkeit der Schüler gehört“. Dieses Zitat fand auch auf anderen Websites Beachtung, Brüning galt als Pionier. Drei Jahre später klingt der Lehrer ein wenig ernüchtert. Im Alltag habe es sich als schwierig erwiesen, Spiele in den Unterricht einzubringen, sagt Brüning; etwa wegen der Vorgaben des nordrhein-westfälischen Zentralabiturs.



Eine „Minecraft“-LAN-Party in der Schule: Lehrer Christoph Brüning versucht in seinem Unterricht Lernen und Spielen zu kombinieren.

„Dabei würde ich Spiele am liebsten im Deutschunterricht der Oberstufe einsetzen.“

Ausnahmeerscheinung

Lehrpläne sind nicht der einzige Grund, warum Spiele in Schulen bislang eine Ausnahmeerscheinung sind. Schulen brauchen die passende Technik, manche Software darf nur mit teuren Lizenzen genutzt werden. Und für viele Lehrkräfte klingt die Idee, Spiele als Lehrmittel einzusetzen, schlicht verrückt: So, als würde jemand vorschlagen, künftig Haustiere in der Schule zu erlauben. Doch langsam dreht sich die Stimmung. Einerseits, weil immer mehr Menschen unterrichten, die selbst mit Spielen groß geworden sind. Andererseits, weil es auch ältere Lehrerinnen und Lehrer gibt, die mit Spielen experimentieren – und das durchaus erfolgreich.

Marco Fileccia, 50 Jahre alt, setzt schon seit mehreren Jahren Spiele im Unterricht ein. Nicht ständig, aber immer mal wieder. „Zur Motivation der Schüler oder als Ein- oder Ausstieg einer Reihe sind Spiele sinnvoll“, findet der

Oberstudienrat des Oberhausener Elsa-Brändström-Gymnasiums. An einem Projekttag ließ Fileccia eine 9. Klasse zum Beispiel „Napoleon: Total War“ testen, ein marktübliches Strategiespiel. Die Schülerinnen und Schüler sollten herausfinden, ob sich das Spiel für den Geschichtsunterricht eignet, ob historische Zusammenhänge korrekt dargestellt werden. „Weil das Spiel komplex ist, haben wir es vorab einigen Schülern mit nach Hause gegeben“, erzählt Fileccia. „Die haben sich eingearbeitet und konnten später beim Bedienen des Spiels helfen.“ Ohne Projekttag wäre sein Vorhaben nicht zu realisieren gewesen, sagt der Lehrer. 90 oder gar 45 Minuten seien für eine solche Einheit zu wenig. Neben dem eigentlichen Spielen kämen ja noch die Vor- und Nachbereitung dazu. Beim Unterricht mit Spielen müsse man abwägen, ob auf diesem Weg das Lernziel erreicht werde, aber auch, ob sich der Aufwand lohne. Seinen Neuntklässlern habe das Napoleon-Projekt jedenfalls gefallen, sagt Fileccia, sie seien auffallend engagiert gewesen: „Die Schüler waren tiefer im Sachthema drin – sie mussten sich ja bereits vor

Foto: privat

zimmer erobert

dem Spielen über Napoleons Kriege und die Lebensumstände seiner Zeit informieren. Am Projekttag war außerdem ein Spielentwickler zu Gast, der von seiner Arbeit an ‚Napoleon‘ erzählte – das war sehr spannend.“

Pflicht statt Spiel

Bei Spielen, die speziell für die Schule produziert wurden, ist Fileccia skeptisch. „Sobald ein Spiel in den Geruch kommt, einen pädagogischen Nutzwert zu haben, ist es für die Schüler kein Spiel mehr, sondern Pflicht“, sagt er. In seinen 8. Klassen setzt Fileccia lieber auf „Mario Kart“, ein simples Rennspiel, das viele Jungen und Mädchen auch zuhause spielen. Im Spiel können sich die Fahrer gegenseitig eins auswischen, etwa, indem sie Bananen auf die Strecke werfen, auf denen andere Fahrzeuge ausrutschen. Jedoch erhält nicht jeder Fahrer dieselben Hilfsmittel – viele Spieler glauben, der führende Spieler werde benachteiligt. Fileccia forderte seine Klassen auf, diesem Bauchgefühl nachzugehen. Im Stil eines wissenschaftlichen Experiments untersuchten sie, ob „Mario

Kart“ betrügt. Das Ergebnis nach hunderten Test-Rennen: ein wenig schon. „Abgesehen vom Lerneffekt rund ums Protokollieren hilft das Experiment, so ein Spiel ein wenig zu entzaubern“, sagt Fileccia. „Die Kinder merken, dass ein Algorithmus dahintersteckt. Eine gute Erkenntnis.“

Moderner Unterricht

Wie viele Lehrerinnen und Lehrer regelmäßig mit Spielen unterrichten, ist nirgendwo erfasst. Einige Projekte gehen durch die Medien, andere werden nicht mal auf der Schul-Website erwähnt. „Man sollte bedenken, dass viele Lehrkräfte mit ihren Projekten gar nicht nach außen treten wollen“, sagt Marcus Lüpke von der Gifhorner Albert-Schweitzer-Schule. „Die sehen es als ihren Job, modernen Unterricht zu machen.“ Lüpke selbst präsentiert seine Spielprojekte online, er hat einiges probiert. Im Biologieunterricht ließ er eine 6. Klasse am Computer Dinosaurier nachbauen. Im Sportunterricht thematisierte er das Spielerlebnis auf Nintendos Konsole Wii: Er ließ Schülergruppen virtuell und



Foto: Christoph Brünig

Was passiert, wenn 18 Jugendliche im Alter von zehn bis 18 Jahren fünf Stunden lang zusammen Minecraft spielen? Sie bauen zum Beispiel ihre Schule nach.



Andiamo in Italia – Angebote zu Bestpreisen!

Gardasee

Ferienanlage direkt am See, zentrumsnah in **Peschiera**, Hotels (**/**), wenige Meter zum See/Strandpromenade, zentral im schönen **Salò** am südlichen Gardasee

Toskana am Meer

weittläufige Ferienanlagen nahe Viareggio und in der Südtoskana, Hotels (**) in Viareggio, 100 m zum Strand, 1 km zum Bahnhof, Hotels (***), sehr nah zum Sandstrand, in Badeorten, Versiliaküste

Toskana Süd

Landgut mit viel Atmosphäre, Swimmingpool, Selbstverpflegung oder HP

Rom

großzügige Ferienanlagen, gute ÖPNV-Anbindung ins Zentrum zentral: Hotels (**), (***) und kirchlich geführtes Haus (**+)

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage!

Andiamo GmbH

Stettiner Str. 25
33803 Steinhagen
Tel. 05204 889700
Fax 05204 8897019
e-mail info@andiamo-italia.de

Infos und Angebotsanfragen: www.andiamo-italia.de

Auf Wunsch auch Reisen mit ruf Reisebegleitung

www.ruf-klassenfahrten.de

Parkklinik 
Heiligenfeld
... auf dem Weg zu einem guten Leben!

**Wir bieten auch:
Inhouse-Workshops
& Supervision
für Lehrer**



Die **Parkklinik Heiligenfeld** in Bad Kissingen bietet ein spezielles Behandlungsprogramm an für **Lehrerinnen und Lehrer** mit psychosomatischen Störungen wie Burnout-Zustände oder Depression.

Unser ganzheitliches Konzept verbindet **medizinische und psychotherapeutische Behandlung** mit körperbezogenen Therapien, kreativen Methoden, realitätsbezogener Sozialtherapie, Entspannungsverfahren, Meditation und der therapeutischen Gemeinschaft.

Parkklinik Heiligenfeld • Bismarckstr. 36 - 44 • 97688 Bad Kissingen
Tel.: 0971 84-0 • Fax: 0971 84-4195 • www.heiligenfeld.de



Erst werden die Dinosaurier im Unterricht besprochen – dann dürfen die Schüler sie am Computer zum Leben erwecken.

Foto: Marcus Lüpke

auf dem Sportplatz Baseball spielen und ihre Erfahrungen miteinander vergleichen. „Gut ist, wenn Spiele einen Aspekt einer Unterrichtsreihe begleiten oder verstärken“, sagt Lüpke. Der 46-Jährige hält es nicht nur für sinnvoll, Spiele selbst zum Unterrichtsthema zu machen, sondern er nutzt Spiele auch, um andere Inhalte zu vermitteln. „Werbung beispielsweise lässt sich in der Grundschule nicht nur an Zeitschriftenanzeigen erklären“, ist Lüpke überzeugt. „Man kann auch Anzeigen, die in Online-Spielen geschaltet werden, einbeziehen. Bei Online-Spielen denken sogar viele Eltern, dass die Spiele kostenlos wären – dies ist aber oft nur ein Lockangebot. Später wundert man sich über unerwünschte E-Mails oder gar entstehende Kosten.“ Ein Unterrichtsthema komplett über Spiele zu vermitteln, hält der Grund- und Hauptschullehrer aber für unmöglich: „Schwierig wird es spätestens beim kompakten Fachwissen.“ Deshalb war selbst das virtuelle Dinobauen nur Teil einer Unterrichtseinheit. „Im Großteil der Unterrichtsarbeit ging es ums Besprechen und Vorstellen der Dinosaurier“, erzählt er. „Erst später sind wir dazu übergegangen, sie am Computer zum Leben zu erwecken.“

Wer Ideen zum Spiele-Einsatz sucht, findet im Internet Anregungen. Praxistipps für Lehrkräfte bietet unter anderem Klicksafe.de, die EU-Initiative „für mehr Sicherheit im Netz“. Und auch Seiten wie Spielbar.de und Spielertatgeber-NRW.de liefern Informationen, zum Beispiel in Form einer Broschüre über Elternabende zu Computerspielen. Bei der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen lässt sich ein „Best-Practice-Kompass“ herunterladen, der konkrete Stunden-Beispiele enthält. Die Einsatzmöglichkeiten für Spiele sind schließlich vielfältig: Im Fremdsprachenunterricht beispielsweise lässt sich das Leseverstehen mit Text-Spielen trainieren. Wirtschaftssimulationen machen es leichter, ökonomische Abläufe zu verstehen. Und manchen Physikstoff kann „Ludwig“ ähnlich gut wie eigene Versuche vermitteln: In diesem Wissensspiel aus Österreich analysiert der Spieler in der Rolle eines Roboters physikalische Phänomene.

Affinität zum Medium

In einem Punkt sind sich die Praktiker aber einig: Wer als Lehrkraft Spiele einsetzt, sollte eine Affinität zum Medium haben. Es dürfte schwierig sein, Klassen zum Spielen zu ermuntern, wenn man

es selbst als sinnlos empfindet. Tobias Hübner, Deutsch- und Religionslehrer aus Bocholt, spielt auch in seiner Freizeit – am liebsten „Spiele, die das Medium vorwärts bringen“. An seiner Schule, dem St.-Georg-Gymnasium, experimentiert er derzeit mit Raspberry Pis, vergleichsweise günstigen Mini-Computern, die besonders in der Hacker- und Bastlerszene beliebt sind. In seiner Computer-AG setzt er eine Version von „Minecraft“ ein, die speziell für Ausbildungszwecke angeboten wird. „Schülern mit ‚Minecraft‘ Programmieren beizubringen, ist ein Selbstläufer“, sagt der 33-Jährige. Das Raspberry-Pi-Projekt sei das Interessanteste, was er je in der Schule mit Technik ausprobiert habe. Hübner ist es wichtig, dass seine Schülerinnen und Schüler ein Grundverständnis von Technik entwickeln. „Es muss nicht jeder programmieren können“, sagt er, „aber ein Schüler mit Abitur sollte nicht nur wissen, wer Goethe und Schiller sind, sondern auch, wie ein Smartphone und ein Tablet funktionieren. Zumindest ungefähr. Dieses Wissen lässt sich gut durch Spiele vermitteln.“ Auch in Hübners regulärem Deutschunterricht geht es mitunter spielerisch zu. „Der Einsatz von Spielen bietet sich in der 7. Klasse an, wo der Lehrplan eine

Unterrichtseinheit über Erzählstrukturen vorgibt“, sagt er. Bei ihm starte die Einheit damit, dass jedes Kind sein Lieblingsbuch mitbringt und sich dann überlegen muss, wie das Buch wohl als Spiel aussehen würde. Welche Art von Spiel wäre es? Was wäre ein passender Startbildschirm? Und wie würde das Spiel wohl die Geschichte erzählen? Solche Gedankenspiele seien für ihn und die Mitschüler gleichermaßen interessant. „Das Erzählen in Spielen ist ein komplexes Thema“, findet Hübner, „eigentlich sind sie ja ein Medium, das nicht zwingend eine Story braucht. Ich kann bei ‚Tetris‘ auch Spaß haben, ohne das Spiel zu hinterfragen.“ Spannend sei bei Computerspielen auch die Möglichkeit der Interaktion: Sie motiviere oft dazu, gleich mehrere Erzählstränge weiterzuführen. Sind Ideen für die Buch-Adaptionen gefunden, geht Hübner einen Schritt weiter: Er fordert die Schüle-

rinnen und Schüler auf, ihre Ideen praktisch umzusetzen, zumindest im Ansatz. Dabei setzt der Pädagoge auf Scratch, eine einfache und schuloptimierte Programmiersprache. „Beim Thema Medien sollen unsere Schüler ein wenig von der Konsumenten- hin zur Produzentensicht kommen“, sagt Hübner, „da bietet sich Scratch an: In zwei, drei Stunden kommt damit jeder klar.“

Nicht jeder spielt gern

Während Hübner von seinen Klassen technisches Interesse erwartet, halten sich andere Lehrerinnen und Lehrer bewusst zurück. Sie fürchten, mit zu viel Technik und Spielerei manches Kind zu verschrecken – schließlich spielt nicht jeder gern. „Natürlich gibt es Menschen, die damit nichts zu tun haben wollen“, erzählt André Spang, Lehrer an der Kölner Kaiserin-Augusta-Schule. Spang weiß, wie Computerkenntnisse

im Schulalltag ankommen. Sein Gymnasium wird häufig als „iPad-Schule“ bezeichnet, 60 Tablets sind in diversen Fächern im Einsatz. Abgesehen vom Spielen ermöglichen sie auch viele andere Dinge: vom Komponieren im Musikunterricht bis zum Aufzeichnen eigener Lernvideos. Die Erfahrungen sind positiv: „Die meisten Jugendlichen finden die Geräte gut und haben Spaß daran, mit neuer Technologie zu arbeiten“, sagt Spang. In Neunkirchen sehen sich die Schüler sogar schon nach dem nächsten „Minecraft“-Projekt. „Sie fragen bereits, wann es weitergeht“, sagt Lehrer Brüning. „Mein Plan ist aber, die nächste ‚Minecraft‘-LAN-Party ins Frühjahr zu verlegen. Dann sind die Abiturklausuren vorbei und ich habe wieder mehr Zeit.“

Markus Böhm,
freier Journalist



Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.

Akademiker und Beamte aufgepasst!

Zahlen Sie für Ihr **BEAMTENDARLEHEN** noch in eine teure Lebens- oder Rentenversicherung?
Jetzt clever umschulden und sparen!

Entscheiden Sie sich für den **PRIVATKREDIT+**

Ihre Vorteile:

- Ratenkredit von 10.000,00 EUR bis 120.000,00 EUR
- Laufzeit 10, 12 oder 15 Jahre
- Niedrige monatliche Rate mit regelmäßiger monatlicher Tilgung
- Sondertilgung jederzeit ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich
- Keine Bearbeitungsgebühr
- Bonitätsunabhängiger gebundener Sollzinssatz für die gesamte Laufzeit
- Das PLUS: Die Bank bezahlt für Sie die Beiträge zur Todesfallabsicherung

*Achtung! Sonderkonditionen!
bis 31.01.2014 gesenkte Zinssätze.*

Jetzt Wunscharlehen beantragen unter

www.bankhaus-masel.de oder Free Call: 0800-3006830

Und sie bewegt sich doch ...

L-€go

// Die GEW nimmt das Gesprächsangebot der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-ego) an. Die massiven Lehrerproteste in Berlin haben die TdL zum Umdenken bewegt. //

Der Druck der Straße zeigt langsam Wirkung. Nach monatelangem Abwarten hat sich die TdL bereiterklärt, mit der GEW über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte zu verhandeln. In einem ersten Treffen der TdL-Spitze um den Vorsitzenden Jens Bullerjahn (SPD) mit den neuen GEW-Verhandlungsführern – der Vorsitzenden Marlis Tepe und dem Tarifvorstand Andreas Gehrke – unterbreitete die TdL ein Gesprächsangebot auf Bundesebene, das die GEW inzwischen akzeptiert hat. Die Länder sind damit aber ausdrücklich nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Die Bundestarifkommission (BTK-L) der GEW, in der angestellte Lehrkräfte aus allen Bundesländern vertreten sind, machte auf ihrer Sitzung am 25. Oktober in Göttingen deutlich: Die Länder bleiben als Arbeitgeber für die GEW der zuständige Tarifpartner. An der Entscheidung aus dem Frühjahr dieses Jahres, diese unmittelbar in die Pflicht zu nehmen, ändert sich nichts. Viele Kolleginnen und Kollegen der BTK haben gewarnt, die Landesregierungen könnten sich mit Verweis auf die Gespräche mit der TdL erneut aus der Verantwortung stehlen. Das darf nicht passieren. Der Druck, den viele GEW-Mitglieder in vielen Ländern ausgeübt haben, muss aufrechterhalten werden. Die Landesregierungen dürfen sich nicht länger hinter der TdL verstecken.

Erfolg der GEW-Aktivitäten

Die neue Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeber ist im Wesentlichen ein Erfolg der GEW-Aktivitäten auf Landesebene. Die GEW Berlin hat seit November 2012 fast jeden Monat erfolgreich zu Warnstreiks aufgerufen (E&W berichtete). Der Berliner Senat versuchte daher Ende April sogar, eine Arbeitsniederlegung angestellter Lehrkräfte per einstweiliger Verfügung des Arbeitsgerichtes stoppen zu lassen. Das Ergebnis war ein Sieg der Bildungsgewerkschaft auf ganzer Linie: Das Arbeitsgericht hat unmissverständlich klargestellt, dass das Land als Arbeitgeber Adressat der Tarifforderungen der GEW ist, daran ändere auch die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband TdL nichts. Die Streikziele der GEW Berlin erklärten die Richter ebenfalls für zulässig.

Auch in anderen Ländern machte die Gewerkschaft enormen Druck (siehe www.gew-tarifrunde.de). In Nordrhein-West-

falen konnte der Hauptpersonalrat Gesamtschulen vor der Einigungsstelle erreichen, dass die Landesregierung mit dem Personalrat über die Eingruppierungsrichtlinie für Lehrkräfte verhandeln muss, wenn es nicht bis Ende Juli 2014 eine tarifvertragliche Regelung gibt.

Die GEW hat ihr Ziel einer bundesweiten tarifvertraglichen Regelung der Lehrkräfte-Eingruppierung jedoch nie aufgegeben. Erfolgreiche bundesweite L-ego-Verhandlungen setzen angesichts der föderalen Vielfalt im deutschen Bildungswesen ein aktives Engagement der einzelnen TdL-Mitglieder geradezu voraus. Im Ergebnis beschloss die BTK-L daher einstimmig, das Gesprächsangebot anzunehmen, forderte die TdL aber zugleich auf, gemeinsam einen Weg zu finden, der einen ernsthaften begleitenden Dialog auf Landesebene sicherstellt.

Auf Schwerpunkte geeinigt

Zudem verständigten sich die Delegierten auf inhaltliche Schwerpunkte für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Insbesondere:

- Eingruppierungsmerkmale für alle Lehrkräfte als Alternative zu den bisherigen TdL-Lehrer-Richtlinien zu entwickeln,
- die Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen einzubeziehen,
- das Tarifrecht bei der Übertragung von Funktionen bzw. höherwertigen Tätigkeiten geltend zu machen,
- statusbedingte Unterschiede im verfügbaren Einkommen über Zulagen auszugleichen.

Die BTK-L beauftragte den Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik der GEW, mit der TdL einen Zeitplan für die geplanten Gespräche zu vereinbaren. Auf der Grundlage der Ergebnisse will die BTK-L dann über die Aufnahme von L-ego-Verhandlungen entscheiden; mit dem Ziel, diese im Spätherbst 2014 abzuschließen. Das ist wichtig, weil im Frühjahr 2015 die nächste Tarifrunde mit der TdL ansteht. L-ego ist nicht kostenlos zu haben, daher wird ein Abschluss letztlich nur in einer Tarifrunde möglich sein.

Andreas Gehrke,
Leiter des GEW-Arbeitsbereichs Tarif- und Beamtenpolitik



Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel	
Brüche im Lebenslauf	Seite 1
Porträts	
Lebensziel: Sicherheit	Seite 2
Interview	
„Familie hat starke Konkurrenz“	Seite 3
In Kürze	Seite 4

Brüche im Lebenslauf

// Die Lebensplanung von Frauen und Männern hängt entscheidend von beruflichen Chancen und gesellschaftlichen Grundlagen ab. Das wirkt sich bis ins Alter aus. //

Frauen und Männer haben immer noch nicht die gleichen Chancen, um ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Die Verfasserinnen und Verfasser des ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung* stellen fest, dass die sozialen und ökonomischen Bedingungen Frauen in ihren Wahlmöglichkeiten eher behindern als Männer. Sie kritisieren Rahmenbedingungen, die einer gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbsarbeit und einer partnerschaftlich geteilten Erwerbs- und Sorgearbeit für die Familie im Weg stehen. Frauen gleichermaßen wie Männer machen ihre Lebensentwürfe von einer sicheren Berufsperspektive abhängig, wie die Biografien zweier GEW-Mitglieder zeigen (s. S. 2).

Frauen werden zwar besser ausgebildet als je zuvor und wollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Die für den Be-

richt eingesetzte Expertenkommission erkennt jedoch, „dass sie ihre Potenziale im Beschäftigungssystem nicht ausreichend nutzen“. Erwerbsbiografien von Frauen seien immer noch stärker „von Diskontinuitäten geprägt als diejenigen von Männern“, heißt es in dem Gutachten aus dem Jahr 2011. Die Geburt eines Kindes führe vor allem bei Frauen zu einem Bruch in der Berufsbiografie. Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitphasen wegen der Kindererziehung hinterließen „Narben in weiblichen Lebensverläufen, die sich in verminderten Einkommens- und Karrierechancen niederschlagen und im restlichen Erwerbsverlauf negativ nachwirken“.

Die Forscher machen für diese Brüche eine nicht schlüssige Gleichstellungspolitik verantwortlich. Ein gemeinsames Leitbild fehle, Interventionen in unterschiedlichen Lebensphasen stünden unverbunden nebeneinander. So seien etwa nach der Elterngeldphase weder Kinderbetreuung noch flexible Arbeitszeiten garantiert. Die Bedingungen setzten starke Anreize zu einer ungleichen Verteilung von Erwerbs- und Sorgear-

beit zwischen verheirateten Partnern. Im Lauf der Ehe komme es zu einem Rückfall in traditionelle Familienarrangements: Frauen steckten mehrheitlich beruflich zurück und büßten die Chance ein, eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Diese Entscheidung wirkt sich wiederum im Alter mit niedrigeren Renten aus. Unbezahlte Arbeit im Haushalt und für Kindererziehung, die insbesondere ältere Frauen durch die klassische Rollenverteilung in der Familie leisteten, wird bei den Rentenansprüchen nur begrenzt angerechnet.

„Die GEW ist daher als Bildungsgewerkschaft und in der Interessenvertretung für weibliche Mitglieder gefragt“, sagt Vorstandsmitglied Frauke Gützkow.

Barbara Haas,
freie Journalistin

***Neue Wege – gleiche Chancen – Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=174358.html>**

Lebensziel: Sicherheit

// Christian Goldschmitt ist als junger Lehrer im Westen eine Beamtenkarriere geglückt. Marlies Donak musste als angestellte Pädagogin im Osten um ihre Zukunft bangen. Beide wollten und wollen vor allem eins im Leben: Sicherheit. //

„Alle Wege geöffnet“

Christian Goldschmitt, 34 Jahre, Gymnasiallehrer an einer Integrierten Gesamtschule in Rheinland-Pfalz:



Foto: privat

Christian Goldschmitt

„Bei mir ist alles recht geradeaus verlaufen. Durch mein Elternhaus habe ich früh eine Vorstellung vom Lehrerberuf bekommen. Tante und Onkel sind Grund- und Hauptschullehrkräfte, mein Vater unterrichtete an einer Berufsschule. In der Schulzeit ist mein Wunsch herangereift, Mathematik so zu unterrichten, dass die Kinder den Stoff einfacher begreifen. Nach dem Zivildienst habe ich im Jahr 2000 angefangen zu studieren. Zuerst Mathematik und vier Semester Theologie, dann bin ich umgeschwenkt auf Sozialkunde. Für Theologie musste man das Graecum nachweisen. Die Hürde des Altgriechischen war für mich zu hoch. Den Fachwechsel sehe ich positiv. Ich habe ein bisschen langsamer studiert und das Studium erst nach 16 Semestern beendet. Jetzt bin ich in der SPD aktiv und finde es spannend, Heranwachsende für politische Bildung zu interessieren.

Schön war, dass ich nie auf die Noten gucken musste, weil mir Mathematik alle

Wege geöffnet hat. Ich erlebe, wie Studienkollegen mit den Fächern Deutsch und Geschichte ewig auf einen Referendariatsplatz warten. Für das Referendariat habe ich mich im benachbarten Wiesbaden beworben. Mainz wollte ich nicht verlassen. Mit der Ausbildung in Hessen war ich schließlich früher fertig als die Rheinland-Pfälzer. Ich habe gleich eine Planstelle an der Integrierten Gesamtschule in Wörrstadt bekommen, wo ich schon als Vertretungslehrer tätig war.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung war mir immer wichtig. Die ersten Jahre im Beruf sind sehr Kraft raubend. Die Ansprüche an Lehrkräfte haben sich auch enorm verändert. Als Pädagoge ist man teilweise auch Ersatzeltern und Sozialpädagoge. Ich muss sehen, was die nächsten Jahre bringen – auch mit Blick auf die Gründung einer Familie. Jedenfalls fühle ich mich abgesichert, das ist der Riesenvorteil des Beamtentums. Seit einem Jahr studiere ich Schulmanagement, arbeite mit in der Oberstufenleitung und bin Vertreter im Hauptpersonalrat. Bisher haben sich meine Ziele verwirklicht.“

„Schwierige Zeiten erlebt“

Marlies Donak, 64 Jahre, Grundschullehrerin aus Sachsen-Anhalt, im Ruhestand:

„Ich war glücklich im Beruf. Lehrerin wollte ich immer werden. Für ein Arbeiterkind wie mich war es in der DDR nicht schwer, die Aufnahmeprüfung an einer Fachschule abzulegen. Bis heute – ich gebe Schwimmunterricht an einer Privatschule – übe ich mein Hobby als Beruf aus.

Mit 19 Jahren stand ich in Genthin zum ersten Mal vor einer Klasse. Als unser Sohn geboren war, wechselte ich 1973 an eine Schule näher am Stadtzentrum, weil der Weg zur Kinderkrippe von dort kürzer war. Nach der Geburt meiner Tochter war ich im Babyjahr zu Hause. Mit Kolleginnen und Kollegen habe ich mich 1978 an der neuen Ludwig-Uhland-Grundschule beworben. Wir sind als Kollegium bis zur Wende zusammengeblieben, ich hatte ein su-



Foto: privat

Marlies Donak

per Arbeitsklima. Wir haben aber auch schwierige Zeiten erlebt. Nach der Wende mussten wir unser DDR-Schulsystem mit dem uns „aufgepfropften“ vereinbaren. Mein Mann wurde arbeitslos, die Rede kam auf, dass es im Osten zu viele Lehrkräfte gäbe. Viele Kolleginnen und Kollegen hatten Angst, dass man ihnen kündigte. Schließlich wurden viele von uns in Zwangsteilzeit geschickt. Ich hätte versucht, in Niedersachsen Arbeit zu bekommen, falls man mir gekündigt hätte. Mein Mann hatte in Elze eine Anstellung gefunden, zwei Jahre führten wir einen getrennten Haushalt. In Elze hätte ich nur als Erzieherin arbeiten können. So bin ich im Osten an der Uhlandschule geblieben. Mit einer Kollegin habe ich mich dann an eine Förderschule abordnen lassen. Es war vor allem der finanzielle Anreiz, der lockte, weil ich hier mehr verdienen und so meine Rente erheblich verbessern konnte. Aber ich wollte auch etwas Neues ausprobieren.

Viele Kinder brachten zwar große Lerndefizite mit, dennoch hat mir die Arbeit an der Förderschule Spaß gemacht bis einige Kollegen anfangen, mich zu mobben. Das hätte mich krank gemacht. Also habe ich mir gesagt, Geld ist nicht alles und bin an die Uhlandschule zurückgekehrt.

Nach 40 Dienstjahren ging ich in Alterszeit. Das bedeutete zwar finanzielle Einbußen, aber ein besseres Angebot war nicht zu erwarten. Seit 2010 bin ich in Rente. Das Rentnerdasein füllt mich nicht aus, deshalb unterrichte ich seitdem auf Honorarbasis und engagiere mich ehrenamtlich in der GEW.“

Aufgezeichnet von Barbara Haas, freie Journalistin

„Familie hat starke Konkurrenz“

// Jungen Menschen fehlt die sichere Berufsperspektive für ihre Lebensplanung. Die ältere Generation kann deren Nöte oft nicht verstehen. So beobachtet es die Soziologin Uta Meier-Gräwe, Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Universität Gießen. //

Dialog: Was erwarten junge Menschen von ihrem Leben, was die Älteren?

Uta Meier-Gräwe: In der Studie der Soziologin Jutta Allmendinger „Frauen auf dem Sprung“* von 2008 wird klar: Junge Frauen wollen eine gute Ausbildung sowie berufstätig und finanziell unabhängig sein. Sie möchten in Partnerschaft leben, über 90 Prozent wünschen sich Kinder. Junge Männer, gerade gut ausgebildete, wollen nicht unbedingt Kinder. Sie wollen eher mehr Zeit für die Karriere, eine romantische Beziehung und viel Freizeit haben. Allmendingers Befunde zeigen, dass die Erwartungen junger Männer und Frauen nicht unbedingt identisch sind. So verwundert es nicht, dass in der aktuellen Wiederholungsuntersuchung (2013) lediglich 42 Prozent der befragten Frauen in den vergangenen fünf Jahren Mutter geworden sind. Man spricht sogar vom Geburtenstreik der Frauen, aber eigentlich sind oft Männer die Familienverhinderer. Familie hat heute als Lebensentwurf starke Konkurrenz bekommen.

Dialog: Was wollen Ältere?

Meier-Gräwe: Die ältere Generation wünscht sich, dass alles so bleibt wie es ist. Sie ist zwar sehr solidarisch mit den eigenen Kindern, aber die Älteren können es sich nicht richtig vorstellen, wie schwierig es für die Jungen geworden ist, in den Arbeitsmarkt reinzukommen.

Dialog: Auch der Generation ihrer Eltern fiel es ja nicht leicht, den Wunsch nach Beruf und Familie zu verwirklichen. Wieso scheint das Problem heute größer zu sein?

Meier-Gräwe: Weil die Beschäftigungsverhältnisse in den 1960er-, 1970er-

1980er-Jahren sicherer waren, zumindest viele Arbeitsplätze von Männern. In Westdeutschland wurde eher die traditionelle Arbeitsteilung gelebt. Die Frauen blieben zu Hause, die Männer hatten nach ihrer Ausbildung in der Regel eine 40-jährige Normalerwerbsbiografie. Das ist heute nicht mehr so. Eine neoliberale Wirtschaftspolitik hat das Aufkündigen von Arbeitsverträgen zu einer verbreiteten Strategie gemacht. Junge Erwachsene von heute können nicht mehr davon ausgehen, dass sie in den nächsten zehn Jahre einen verlässlichen Job haben.

Dialog: Sagten Sie deswegen einmal, dass befristete Arbeitsverhältnisse das „beste Verhütungsmittel“ seien?

Meier-Gräwe: Das war sarkastisch gemeint. Aber: Selbst für gut ausgebildete Frauen und Männer gibt es in Berufseinstiegsphasen heute fast keine festen Verträge mehr. Das verhindert Planungssicherheit und führt dazu, dass Kinderwünsche verschoben oder aufgegeben werden. An Universitäten und Fachhochschulen liegt beispielsweise der Anteil Beschäftigter, die bis zum 40. Lebensjahr ohne Kinder bleiben, bei 80 Prozent. Das entspricht exakt dem Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse.

Dialog: Also stimmen die Rahmenbedingungen für Familie immer noch nicht?

Meier-Gräwe: Weder die finanzielle Basis für eine Familiengründung noch die Infrastrukturen stimmen, um Eltern im Alltag zu entlasten. Zudem sind berufstätige Mütter und Väter diejenigen mit den größten Zeitnöten. Solange es einen „Familienlohn“ bei den Männern



Uta Meier-Gräwe

gab, hat der Lebensentwurf Familie einigermaßen funktioniert. Jetzt kann man sich nicht mehr darauf verlassen, dass einer der Partner das Haushaltseinkommen beibringt.

Dialog: Vereinfachte das traditionelle Familienmodell die Lebensplanung?

Meier-Gräwe: Ich höre von Älteren oft, wir haben das früher doch auch hingekriegt. Dabei wird häufig nicht wahrgenommen, wie rasant sich der Arbeitsmarkt verändert hat. Menschen im Rentenalter merken das offensichtlich nicht mehr und stellen eher das Bewahrende in den Vordergrund. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Rahmenbedingungen für Eltern neu justieren – das heißt auch, mehr Sicherheit für sie im Alltag schaffen. Das bedeutet aber keinesfalls eine Rückkehr zum klassischen Ernährermodell.

Dialog: Wie lässt sich die Lebens- und Berufsplanung für die junge Generation verlässlicher gestalten?

Meier-Gräwe: Wir brauchen mehr Solidarität mit den Jungen. Die Ansprüche des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft an sie sind hoch. Sie sollen sich als fitte Berufseinsteiger zeigen, Kinder bekommen und dafür sorgen, dass ihr Nachwuchs eine gute Bildung erhält. Zugleich wollen junge Frauen und Männer aber auch eine aktive Partnerschaft leben, Freizeit haben und vielleicht ein Haus bauen. Das alles erleben viele als Überforderung. Diese „Rushhour of life“ müssen wir entzerren. Junge Menschen im erwerbsfähigen Alter brauchen neben einer hochwertigen Kinderbetreuung noch andere Entlastungen, etwa für den Fall, dass sich bei der Schwiegermutter eine Demenz bemerkbar macht, wenn die Kinder schon aus dem Größten raus sind.

Interview: Barbara Haas,
freie Journalistin

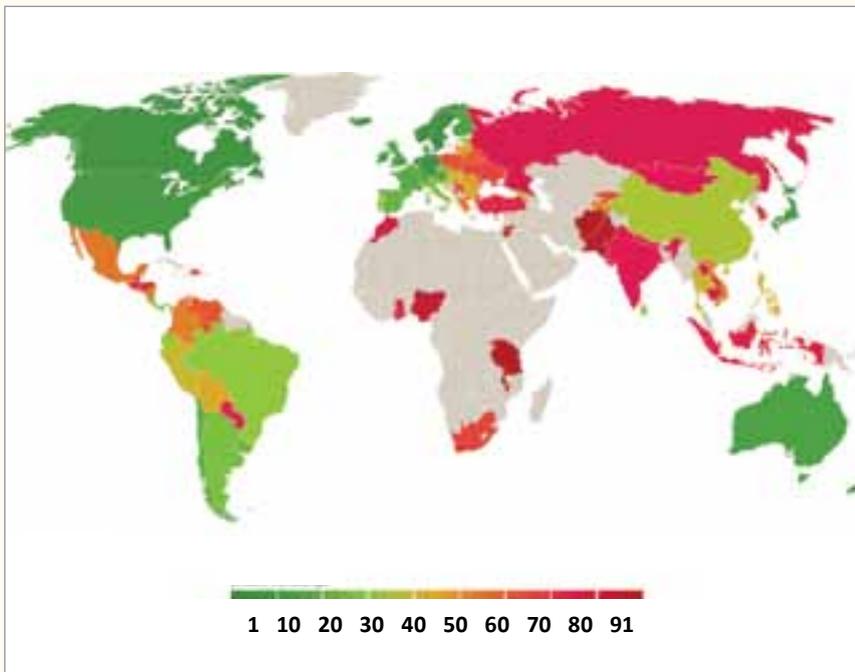
***Jutta Allmendinger: Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen. Die BRIGITTE-Studie. Pantheon Verlag 2009, 112 Seiten, 12,95 Euro.**

In Schweden leben Ältere am besten

In Schweden genießen ältere Menschen den besten Lebensstandard. Im weltweiten Vergleich am schlechtesten dagegen geht es über 60-Jäh-

rigen in Afghanistan. Das ermittelte der erste Weltalten-Index*, den die internationale Entwicklungsorganisation HelpAge veröffentlicht hat. Der

Index bewertet die Lebenssituation der über 60-Jährigen in 91 Ländern. Erstmals liegen damit nach Angaben der Verfasser international vergleichbare Daten über die Lage älterer Menschen vor. Deutschland belegt in diesem Ranking den dritten Platz. Der Weltalten-Index, den Statistik-Expertinnen und -Experten der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation sowie der Weltbank zusammengestellt haben, untersucht Lebenserwartung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Einkommen, Beschäftigung und soziale Verhältnisse. An den Daten lässt sich ablesen, dass die Situation der Seniorinnen und Senioren nicht nur von der Wirtschaftskraft ihrer Heimatländer abhängt, sondern ebenso von politischen Entscheidungen ihrer Regierungen. In Europa haben über 60-Jährige mit 22 Prozent bereits heute den höchsten Anteil an der Gesamtbevölkerung. Dieser soll bis 2050 sogar auf 34 Prozent steigen. B. H.



Länderranking im Weltalten-Index

Länder mit den besten Ergebnissen sind dunkelgrün, diejenigen mit den schlechtesten Ergebnissen dunkelrot. Die Länder in grau sind nicht erfasst.

[*http://www.helpage.de/aktuell.php?akt=index](http://www.helpage.de/aktuell.php?akt=index)

Einkünfte reichen fürs Alter nicht

Nur 18 Prozent der Beschäftigten in Deutschland rechnen damit, im Alter von ihrer Rente leben zu können. Die meisten Menschen befürchten jedoch, dass die Alterseinkünfte ihre Existenz nicht sichern könnten. Dies hat eine Repräsentativumfrage im DGB-Index Gute Arbeit* in diesem Jahr ergeben. Demnach kann auch betriebliche Altersvorsorge die finanziellen Nöte der älteren Bevölkerung nicht ausgleichen. In der Erhebung gaben 69 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an, keine oder nur geringfügige Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge wie etwa Betriebsren-

ten zu erhalten. Davon betroffen sind vor allem jene, deren gesetzliche Rente voraussichtlich zu niedrig ausfallen wird. Aus Sicht des DGB belegen diese Zahlen, dass es dringlich ist, die Renten zu stabilisieren. Die kommende Legislaturperiode müsse man daher nutzen, um sowohl die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest zu machen als auch die betriebliche Altersvorsorge auszubauen. B. H.

[*Die Erhebung steht im Internet zum Download: www.index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen.](http://www.index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen)

„Jung trifft Alt“

Die GEW Rheinland-Pfalz will junge und alte Mitglieder miteinander ins Gespräch bringen und lädt für den 14. März 2014 zur Veranstaltung „Jung trifft Alt“ in die Geschäftsstelle in Mainz, Neubrunnenstraße 8, ein.

Geplant ist ein gewerkschaftlicher Gedankenaustausch zwischen den Generationen. Gesprächsthemen gibt es viele: Anforderungen an Studium und Beruf heute wie damals, Erfahrungen mit der Gewerkschaftsarbeit, Möglichkeiten, sich gegenseitig zu unterstützen. B. H.

Mehr Schutz für die Psyche

// Künftig soll in einem geänderten Arbeitsschutzgesetz die psychische Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit erfasst und geschützt werden. //

Lehr- und Erziehungskräfte sind hohen psychischen Belastungen ausgesetzt, wie der „DGB-Index Gute Arbeit 2012“* erneut belegt hat. Danach geben 60 Prozent der befragten Fachkräfte in Kitas und Schulen an, dass sie oft oder sehr häufig mehr Aufgaben in der gleichen Zeit erledigen müssen. Über zwei Drittel der Beschäftigten im Bildungsbereich arbeiten laut DGB-Index demnach oft unter Zeitdruck und Hetze. Nach einer aktuellen Studie der Techniker Krankenkasse** empfinden fast sechs von zehn Deutschen ihr Leben als stressig, jeder Fünfte steht unter Dauerdruck, oft hervorgerufen durch den Arbeitsalltag.



Bislang hat das Arbeitsschutzgesetz psychische Überanstrengungen nicht ausdrücklich erwähnt. Viele Arbeitgeber lehnten es deshalb ab, diese bei der vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilung zu berücksichtigen.

In der letzten Sitzungswoche des Bundestags vor der Sommerpause hat dieser das Arbeitsschutzgesetz novelliert. Künftig soll ein umfassender Gesundheitsbegriff gelten, der physische und psychische Komponenten ausdrücklich umfasst. Dementsprechend lautet Paragraph vier nun folgendermaßen: „Die Arbeit ist so zu gestalten, dass eine Gefährdung für das Leben sowie die physische und psychische Gesundheit möglichst vermieden ... wird.“ Zudem müssen psychische Belastungen bei der Gefährdungsbeurteilung zwingend berücksichtigt werden. Der Paragraph fünf, der die zu beachtenden Gefährdungen bei der Arbeit beispielhaft auflistet, wird dazu

um einen zusätzlichen Punkt ergänzt. Dort heißt es künftig: „Eine Gefährdung kann sich insbesondere ergeben durch ... 6. psychische Belastungen bei der Arbeit.“ Damit ist eindeutig geklärt, dass steigende Arbeitsintensität und Dauerstress, wie sie viele Beschäftigte in Schulen und Kindertagesstätten tagtäglich erleben, Bestandteil der Gefährdungsbeurteilung an den Arbeitsplätzen sein sollen. Allerdings führt dieses zentrale Instrument des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, mit dem Risiken ermittelt und Maßnahmen zu deren Abbau getroffen werden sollen, gerade im Bildungsbereich ein Schattendasein. Laut DGB-Index fand eine solche Kontrolle bei vier Fünftel der befragten Lehrenden und Erzieherinnen in den vergangenen zwei Jahren an ihrem Arbeitsplatz nicht statt.

Anti-Stress-Verordnung

Doch das Arbeitsschutzgesetz setzt nur einen Rahmen und enthält relativ allgemeine Formulierungen. Für viele Arbeitsbelastungen existieren konkrete Verordnungen, beispielsweise zum Schutz vor Lärm oder Gefahrstoffen (z. B. PCB, s. E&W 10/2013). Gewerkschaften fordern deshalb zum besseren Umgang mit psychischen Überforderungen zusätzlich eine Anti-Stress-Regelung. Die Oppositionsfraktionen im Bundestag haben dazu bereits entsprechende Anträge verfasst. Zudem haben Hamburg, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein einen bundesweiten Gesetzentwurf zum Schutz vor psychischen Überlastungen als Bundesratsinitiative in die Länderkammer eingebracht. Diese zielt darauf ab, deutlich die einzelnen Handlungsfelder zu benennen und klare Vorgaben zu machen, an denen sich die betriebliche Praxis orientieren kann. Danach will man konkret festlegen, was die Betriebe im Hinblick auf psychische Beanspruchungen prüfen sollen, also etwa Gefährdungen durch die Arbeitsaufgabe, die -mittel, die -organisation oder durch soziale Bedingungen. Die Verordnung listet zudem Maßnahmen und Gestaltungsgrundsätze auf, die Unternehmen dabei unterstützen, Stress und Druck ihrer Beschäftigten zu reduzieren oder zu vermeiden. Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, rasch eine entsprechende Regelung in die Wege zu leiten. Ob diese nun kommt oder nicht – das jetzt erweiterte Verständnis von Gesundheit im Arbeitsschutzgesetz kann dazu beitragen, Stressfaktoren auch für Lehr- und Erziehungskräfte stärker auf den Prüfstand zu stellen und mit geeigneten Angeboten zu verringern.

Ulla Wittig-Goetz,
freie Journalistin

***DGB-Index Gute Arbeit 2012: Arbeitsfähigkeit bis zur Rente?
Im Netz unter: [www.dgb-index-gute-arbeit.de/
downloads/publikationen](http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen)
<http://www.tk.de/tk/050-publikationen/studien-und-umfragen/studienband-zur-stressumfrage/590190>

Auf dem Prüfstand

// Sprachtests für Kita-Kinder: Eine aktuelle Studie des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache in Köln* hat die vielen Verfahren, die die Sprachfähigkeit von Kindern im Vorschulalter testen sollen, unter die Lupe genommen. Mit diesem und zwei weiteren Beiträgen (s. S. 30 ff.) setzt E&W das Titelthema zur Mehrsprachigkeit vom Oktober fort. //

„Jedes zweite oder dritte oder fünfte Kind spricht bei der Einschulung kein, zu wenig oder nur schlecht Deutsch.“ So oder ähnlich steht es jedes Jahr in den Zeitungen. Diese Schlagzeilen resultieren meist aus den Ergebnissen sogenannter Sprachstandsverfahren, die seit einigen Jahren feststellen sollen, wie gut Kinder im Kita-Alter Deutsch sprechen – und wie viel sie bis zur Einschulung noch aufholen müssen.

Doch spiegeln solche Testergebnisse überhaupt die Realität wider? Dagegen spricht schon, dass die Angabe über die Zahl der Kinder mit Förderbedarf enorm schwankt – laut Nationalem Bildungsbericht 2010 zum Beispiel von rund zehn Prozent in Niedersachsen, Baden-Württemberg und im Saarland bis zu 50 Prozent in Bremen. Tatsächlich haben die Länder auch nicht dieselbe Zielgruppe im Blick. So prüft Bayern zwar alle Kinder, die in eine Kindertagesstätte gehen, aber von denen, die zu Hause bleiben, nur diejenigen nichtdeutscher Herkunft. In Rheinland-Pfalz ist die Sprachstandsmessung lediglich für in der Familie betreute Kinder Pflicht. In Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ist die Teilnahme für alle freiwillig, Thüringen verzichtet nach wie vor ganz auf die Sprachhebung. In den übrigen elf Ländern herrscht Teilnahmepflicht – allerdings mal ein, mal zwei Jahre vor der Einschulung. Manche Länder testen die Sprachkompetenz der Kinder in der Kita, andere wiederum in der Schule, dritte betrauen die Gesundheitsämter damit.

Auch die Verfahren, die häufig so lustige Namen wie HASE, KISTE oder Del-

fin** tragen, fallen ganz unterschiedlich aus: Viele Bundesländer setzen gar keine Tests ein, sondern stattdessen Beobachtungsbögen, in die über Tage oder Wochen der Sprachstand des Kindes eingetragen wird. Manche Verfahren wollen nur herausfinden, welches Kind Förderbedarf hat, andere auch feststellen, welche Förderung es benötigt.

Grundlegende Defizite

Seit die Verfasser des Nationalen Bildungsberichts 2008 auf bundesweit elf verschiedene Verfahren stießen, wird der Wildwuchs kritisiert. Zwei Jahre später – nachdem sich die schwarz-gelbe Koalition „verbindliche und bundesweit vergleichbare“ Sprachstandstests in ihre Koalitionsvereinbarung geschrieben hatte – gab es bereits 17 Verfahren. Inzwischen sind es 21.

Die Ergebnisse der Mercator-Studie weisen dabei auf grundlegende Defizite der Verfahren hin: Nur acht der untersuchten Sprachtests erfüllten mehr als 16 der von den Kölner Forschern erarbeiteten 32 Qualitätsmerkmale. Darunter zuvorderst DESK 3–6 (Mecklenburg-Vorpommern) und KiSS (Hessen), gefolgt von LiSe-DaZ in Baden-Württemberg und dem Cito Sprachtest Version 3*** aus Bremen. Ein wichtiges Qualitätskriterium der Forscher war: Der Test sollte die Kinder nicht überfordern und von Fachkräften organisiert und betreut werden, die dafür qualifiziert sind.

Ein zentraler Kritikpunkt der Autoren: Bei jedem zweiten Verfahren sei die Objektivität nicht gewährleistet – eine Gefahr, die beispielsweise bei Beobachtungsbögen droht, wenn nicht mehrere, sondern nur eine Erzieherin den Bogen ausfüllt.

„Angesichts der gravierenden Folgen für das Kind – entweder Förderung zu bekommen oder nicht – sind die Mängel der Tests nicht akzeptabel“, erklärt der Direktor des Mercator-Instituts, Michael Becker-Mrotzek. Zumal auch die mit Mehrsprachigkeit verbundenen typischen Hindernisse oft kaum berücksichtigt würden.



Sprachtests dürfen Kinder nicht überfordern und verunsichern. Sie sollten sich an der Lebenswelt der Kinder orientieren.

Offen bleibe auch zu häufig, ob die Ergebnisse verzerrt sind, weil sie Kinder beispielsweise verwirren oder verunsichern: Denn weniger als jeder zweite Test sei tatsächlich an der Lebenswelt der Vier- und Fünfjährigen orientiert. Eine in der Studie zitierte Evaluation eines Pilotverfahrens in Rheinland-Pfalz kam außerdem zu dem Schluss, dass jedes zehnte Kita- und jedes dritte Nicht-Kita-Kind während des Tests „durchgängig ängstlich“ gewesen sei. So aber lasse sich, resümiert die Studie, ein Sprachstand schlecht erfassen.

Kaum bekannt ist auch die prognostische Validität, „also die Frage, ob eine bestimmte sprachliche Leistung im Alter von vier Jahren tatsächlich auf zu erwartende Probleme im zweiten Schuljahr hinweist“, erklärt Becker-Mrotzek. Der spezifische Förderbedarf solle daher besser in zwei Schritten erhoben werden: Sinnvoll sei, zunächst in einem groben Screening den Sprachstand der Kinder und erst im Anschluss ihren genauen Bedarf zu ermitteln. „Ein Kind mit einem medizinischen Handicap, das zum



Foto: dpa

Beispiel schlecht hört, braucht eine andere Lösung als jenes mit einem Entwicklungsproblem oder eines, dessen Sprachschwäche mit seiner Herkunftssprache zu tun hat. Herauszubekommen, was genau dem Kind fehlt, ist ausgesprochen aufwendig“, so Becker-Mrotzek. Auch bei der Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher für diese komplexe Aufgabe sei noch „Luft nach oben“.

Für einen bundesweit einheitlichen Test spricht sich die Studie allerdings nicht aus – hingegen empfiehlt sie eine Koordinierungsstelle, die sich um Vergleichbarkeit und Transfer der Verfahren bemüht. Ein Blick auf die Zuständigkeiten lässt allerdings erahnen, wie kompliziert bereits das werden dürfte; analog zu den ausführenden Stellen sind mal Kultus-, mal Familien- oder Gesundheitsministerien in der Verantwortung. Schwarzsehen will der Direktor des Mercator-Instituts dennoch nicht: „Die Länder

unterstützen die kritische Analyse. Der Weg mag lang sein. Aber es geht vorwärts.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Studie:** <http://www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/> (s. unter „Aktuelles“)

****Verfahren:** HASE = Heideberger Auditives Screening in der Einschulungsdiagnostik
KISTE = Kindersprachtest für das Vorschulalter
Delfin = Diagnostik, Elternarbeit, Förderung der Sprachkompetenz in Nordrhein-Westfalen bei Vierjährigen

*****Sprachtests:** DESK = Dortmunder Entwicklungsscreening für den Kindergarten
KiSS = Kinder-Sprach-Screening
LiSe-DaZ = Linguistische Sprachstandserhebung – Deutsch als Zweitsprache

TORK

Zeigt her Eure Hände

Mitmachen und gesund bleiben
Tork Schulwettbewerb für Händehygiene

„Zeigt her Eure Hände“ – so heißt der Schulwettbewerb von Hygienespezialist Tork. Bewerben können sich Schulen und Schulklassen, die einen Händehygiene-Projekttag durchführen und eine kreative Arbeit einreichen. Zu gewinnen gibt es einen Service- und Warengutschein über 2.000 Euro und einen Tanzworkshop mit TV-Choreograph Kelechi.

SCA
TORK

www.tork.de/zeigt-her-eure-haende/

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Kostenlose Beratungs-Hotline: 0800 1983 198

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert, z. B. Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten.

Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestalttherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Wir beraten Sie individuell und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

STZ Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie
Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim

www.schmerzlinik.com

Berliner Nischen – Hamburger Mühen

// Berlin und Hamburg: zwei Länder, die bei der Förderung der Herkunftssprache sehr unterschiedliche Wege gehen. //

Das Urteil von Margot M.* fällt hart aus. „Die Stärkung der Herkunftssprache ist in Berlin politisch nicht gewollt“, kritisiert die Lehrerin, die seit vielen Jahren Kinder mit ausländischen Wurzeln an einer Schule im Stadtteil Kreuzberg unterrichtet. Die meisten Schülerinnen und Schüler kommen aus Familien, in denen zuhause vielfach Türkisch oder Arabisch gesprochen wird. Allerdings beschränken sich deren schriftliche Fähigkeiten in der jeweiligen Herkunftssprache in der Regel auf ein Minimum. Arabisch und Türkisch hätten in der Gesellschaft kein hohes Prestige, meint Margot M., und würden daher in der Schule nicht ausreichend gefördert. Bei der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft hält man diese Kritik für unbegründet und verweist auf die vor rund 20 Jahren eingerichteten Europaschulen. Deutschlandweit damals einmalig starteten 1992 an sechs Grundschulen Spezialklassen mit den Sprachkombinationen Deutsch-Englisch, Deutsch-Französisch und Deutsch-Russisch. Im Laufe der Zeit kamen sechs weitere doppelsprachige Bildungsgänge dazu: Mittlerweile wird dort auch auf Griechisch, Türkisch, Polnisch, Italienisch, Portugiesisch und Spanisch gelernt. Nach Senatsangaben gibt es zurzeit rund 6500 in ihren Herkunftssprachen unterrichtete Schülerinnen und Schüler an 17 Grundschulen sowie 13 weiterführenden Europaschulen.

Keine weiteren Maßnahmen

Die Staatlichen Europaschulen Berlin (SESb) sind jedoch Nischen für den Unterricht in der Herkunftssprache. Außerhalb der SESb und der beiden internationalen Schulen (John-F.-Kennedy-Schule

und Französisches Gymnasium) hat der Senat keine weiteren Maßnahmen zum Muttersprachenunterricht für Heranwachsende nichtdeutscher Herkunft unternommen – und er plant auch keine, wie aus der Antwort auf eine Anfrage des ehemaligen bildungspolitischen Sprechers der Fraktion der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Özcan Mutlu, vom November 2012 hervorgeht. Dabei blickt man in Berlin auf eine lange Tradition in der zweisprachigen Erziehung an Schulen zurück. Anfang der 1980er-Jahre entwickelte der damalige West-Ber-

liner Senat das Modell eines Unterrichts in Deutsch und Türkisch an Grundschulen. Es wurde in den Folgejahren ausgeweitet, kam aber nie über seinen Pilotcharakter hinaus. Seit 1998 wird das Unterrichtsmodell an fünf Grundschulen mit insgesamt knapp 600 Schülerinnen und Schülern angeboten – eine geringe Zahl, wenn man bedenkt, dass es allein in den beiden Stadtteilen mit dem höchsten Anteil an türkischstämmiger Bevölkerung, Kreuzberg und Neukölln, mehr als 50 Grundschulen gibt, viele davon mit einem Migrantenanteil von über 50 Prozent.



Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien in Berlin: Wird ihre Herkunftssprache von der Politik ausreichend gefördert? Oder ist das politisch gar nicht gewollt?

Hamburg und Berlin im Vergleich



Hamburg ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Laut Statistischem Bundesamt hat fast die Hälfte der zirka 180 000 Schüler in Hamburg eine „familiäre Zuwanderungsgeschichte“. In Berlin sind es knapp ein Drittel (etwa 101 000 von 320 000 Schülern). An 54 Hamburger



Schulen – jeder sechsten allgemeinbildenden Schule – wird derzeit muttersprachlicher Unterricht erteilt. In Berlin besteht diese Lernmöglichkeit lediglich an weniger als vier Prozent der Schulen (30 von etwa 800 allgemeinbildenden Einrichtungen).

J.A.

„Dabei liegen die Vorteile mehrsprachigen Unterrichts auf der Hand“, sagt die Hamburger Erziehungswissenschaftlerin Ingrid Gogolin. Dies gelte vor allem hinsichtlich des Erwerbs schriftlicher Sprachfähigkeiten. „Bei der Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums können diese durchaus von Vorteil

sein“, so Gogolin. Die 63-Jährige ist Koordinatorin beim Projekt LiMA (Linguistic Diversity Management in Urban Areas) in Hamburg. Das Projekt geht auf eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Hamburg und der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) aus dem Jahr 2011 zurück. Ausdrücklich zielt es nicht nur auf die Eingliederung sozial benachteiligter junger Migranten in gering qualifizierte Ausbildungsberufe ab; im Fokus stehen vielmehr auch potenzielle Akademiker mit Migrationshintergrund. Gemeinsam mit ausgewählten Schulen wollen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Methoden zur besseren Sprachförderung entwickeln. Die beteiligten Schulen erhalten dafür von der Hamburger Schulbehörde Unterstützung in Form zusätzlicher Lehrerstunden.

Die Forscherin sieht das Projekt dennoch kritisch. „Das war eine gute Idee zur falschen Zeit“, meint sie. LiMA habe nur mit einzelnen Lehrkräften umgesetzt werden können, da die Schulen derzeit unter einem hohen Reformdruck stünden; viele Einrichtungen hätten die Möglichkeit, mit der Universität zusammenzuarbeiten, daher eher als zusätzliche Belastung empfunden. Wenig erfreulich sei auch, dass trotz solcher Projekte der Unterricht in der Herkunftssprache in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefahren worden sei.

Insgesamt stehe Hamburg jedoch gut da, „denn es gibt hier Regelungen und Rahmenpläne für den herkunftssprachlichen Unterricht, die gut durchdacht sind“, resümiert Gogolin. So hätten Lehrkräfte,

die diesen Unterricht erteilen, eine 30-stündige Fortbildungsverpflichtung. Positiv sei zudem, dass die Teilnahme am muttersprachlichen Unterricht für die Schülerinnen und Schüler zeugnis- und versetzungsrelevant sei. „Die Mühe lohnt sich also für sie.“

Anders in Berlin. Auf Nachfrage verweist der Senat auf den Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU), der durch die diplomatischen Vertretungen der jeweiligen Länder organisiert wird und in den Nachmittagsstunden zusätzlich zum regulären Unterricht – ausschließlich an den Grundschulen –



Özcan Mutlu, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Ich erkenne keinen ernsthaften Willen des Berliner Senats, interkulturelle Bildung als Prinzip zu realisieren.“

angeboten wird. Die Teilnahme ist freiwillig und nur auf Wunsch erfolgt eine Bemerkung im Zeugnis. Özcan Mutlu, der inzwischen für die Grünen im Bundestag sitzt, stellt der Bildungspolitik des Stadtstaates deshalb ein schlechtes Zeugnis aus. Gegenüber „E&W“ erklärt er: „Ich erkenne keinen ernsthaften Willen des Senats, interkulturelle Bildung als Prinzip zu realisieren.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

*** Name geändert**

LiMA-Projekt:

www.lima.uni-hamburg.de

Info-Portal der Staatlichen

Europaschulen Berlin: www.sesb.de



Fotos: imago



Vorbild Schweden:
Muttersprache gehört
hier zum Schulalltag.

Foto: imago

Allen ihre Sprache

// Blick nach Schweden: Als eines der wenigen Länder weltweit hat der skandinavische Nachbar den Muttersprachunterricht in die Schule integriert. Doch die Lehrkräfte sind häufig überlastet. //

Rinkeby kennt jeder Schwede. Menschen aus aller Welt, die nach Stockholm kommen, landen fast zwangsläufig in diesem nördlichen Bezirk der Hauptstadt, wo es noch bezahlbare Mietwohnungen gibt. 90 Prozent der 15 000 Einwohner sind Einwanderer oder stammen von ihnen ab. Die Rinkebyschule ist ein Spiegel des Bezirks. Kinder aus 60 verschiedenen Nationen lernen an der Schule, man ist stolz darauf, „eine Schule in der Mitte der Welt zu sein“.

Die meisten der 340 Schülerinnen und Schüler sind im Karolinska-Krankenhaus

geboren und sprechen von Geburt an Schwedisch. Dennoch bietet die Schule ihren Klassen auch Unterricht in den Herkunftssprachen an, modersmål-Unterricht genannt oder Muttersprachunterricht. Neben dem Schwedischen lernen die Kinder so auch die Sprache ihrer Eltern zu lesen und zu schreiben. „Wir unterrichten derzeit 23 verschiedene Muttersprachen. Nur für Mazedonisch und Nepalesisch haben wir noch keine Fachleute gefunden“, berichtet Carina Rennermalm, die die Schule seit einem Jahr leitet.

Integrierte Muttersprache

Schweden ist weltweit eines der wenigen Länder, in dem der Unterricht der Muttersprache in die Regelschule integriert ist. Die meisten Schulen bieten ihn als zusätzliches Angebot zum Unterricht an, einige Schulen haben aber auch ei-

gene Klassen eingerichtet und werben mit diesem Profil.

Anspruch auf den modersmål-Unterricht haben laut schwedischem Schulgesetz „alle Schülerinnen und Schüler, bei denen eine andere Sprache als Schwedisch einen maßgeblichen Einfluss auf ihre Sozialisation ausübt“. Gegenwärtig ist das ein Fünftel der schwedischen Schülerschaft, Tendenz steigend. Von ihrem Recht Gebrauch macht davon gut die Hälfte. In den neunjährigen Grundschulen und dreijährigen Gymnasien besuchen derzeit über 100 000 schwedische Kinder und Jugendliche Unterricht in mehr als 90 Sprachen. „Er soll so erteilt werden, dass die Schüler in ihrer persönlichen Entwicklung gefördert werden und ihr Selbstbewusstsein gestärkt wird“, schreibt die staatliche Schulbehörde skolverket vor.

Eingeführt wurde der reguläre muttersprachliche Unterricht 1975, als Schweden einen „Gastarbeiterboom“ erlebte. Als Bestandteil einer besseren Integrationspolitik beschloss das damals sozialdemokratisch geführte Land, dass alle Menschen das gleiche Recht haben sollten, ihre kulturelle Identität und Sprache zu pflegen. Der modersmåll-Unterricht ist Teil des schwedischen Verständnisses von gesellschaftlichem Pluralismus.

Gemeinden in der Pflicht

Die Gemeinden sind dafür verantwortlich, den Muttersprachunterricht auf Antrag der Eltern zu organisieren. Wenn mindestens fünf Schüler zusammenkommen, müssen sie eine Lerngruppe einrichten, doch manche Gemeinden sind generöser. „Ein Deutschlehrer kommt extra für meinen ältesten Sohn einmal pro Woche in die Schule“, berichtet die Deutsche Christine Funk, die als Professorin in Umeå im nördlichen Schweden arbeitet und mit einem Schweden verheiratet ist. Die Rinkebyschule in Stockholm hat sogar zwei Muttersprachlehrerinnen fest angestellt – eine für Türkisch und eine

für Somali. Sareda Abdi Hersi und ihre Kollegin teilen sich ein kleines Büro mit zwei Schreibtischen und einem Regal für die Lehrbücher. Vor Jahren kam Sareda selbst als Flüchtling mit Mann und Kindern aus Somalia nach Schweden. Als das schwedische Arbeitsamt sie nach ihren beruflichen Wünschen fragte, sagte sie: „Ich will Lehrerin werden.“ Sie absolvierte Schwedisch-Kurse und die Lehrerausbildung an der Uni. Heute ist Sareda eine der wenigen Muttersprachlehrerinnen mit pädagogischem Examen und feste Ansprechpartnerin für Schüler und Lehrende an der Rinkebyschule. Neben den Somali-Stunden, die sie selbst erteilt, ist sie auch im Unterricht der Kolleginnen und Kollegen präsent.

Belasteter Alltag

Schwedens größter Lehrerverband kritisiert, dass Festanstellungen noch die Ausnahme seien. „Die meisten Muttersprachlehrerinnen und -lehrer arbeiten an mehreren Schulen“, sagt Hakan Carlsson vom Lärarförbundet. Viel besser wäre es, wenn man sie im Unterrichtsalltag an einer Schule einsetzen könnte. Das würde die Lehrkräfte ent-

lasten und den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, ihre Muttersprache aktiv im Unterricht anzuwenden.

Der Verband moniert außerdem, dass bei Muttersprachlehrkräften keine pädagogische Ausbildung vorausgesetzt werde. Das erleichtere den Schulen zwar erheblich die Suche, andererseits bekämen Muttersprachlehrer auch keine pädagogischen Fortbildungen angeboten. „Wir denken, dass die Muttersprachkräfte so ausgebildet werden sollten, dass sie auch in anderen Fächern unterrichten können“, unterstreicht Carlsson.

Am häufigsten werden derzeit an schwedischen Schulen Arabisch, Kurdisch und die Sprachen der Balkan-Länder unterrichtet. Doch die Top-Ten-Liste variiert je nach geopolitischer Lage. „Jetzt kommen gerade viele Syrer nach Schweden, deren Kinder werden in den nächsten Jahren bei uns eingeschult“, erklärt die Direktorin der Rinkebyschule, Rennermalm. „Darauf müssen wir uns natürlich einstellen und den Muttersprachunterricht entsprechend anpassen.“

Anna Lehmann,
taz-Redakteurin

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800-77 88 000

Vermittelt: Jürgen Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail jaeckel@beamtendarlehen-center.de



Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013
4,50% effektiver Jahreszins*
 Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 Es. 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsicherung.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

☎ 0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseko




Musterland mit Sch

// Mit Schleswig-Holstein setzt E&W die Länderserie Inklusion fort. Das nördliche Bundesland ist in Sachen Inklusion bundesweiter Spitzenreiter. Doch hinter den Erfolgswahlen verbergen sich an vielen Schulen handfeste Probleme. //

Er kipelt auf dem Stuhl, summt, steht auf und läuft zur Tafel: Patrick* hat einen seiner unruhigen Tage. „Ich bin der

lebnis besondere Zuwendung. Mahmud, der mit seinen Eltern aus Syrien floh, ist heute beim Deutschkurs.

Patrick ist für Sauerberg der schwierigste „Fall“: motorisch und sozial auffällig, beim Lernen langsamer als seine Altersgenossen. In der Kita erhielt er zusätzli-

Den Zahlen nach ist Schleswig-Holstein das Musterland der Inklusion, es führt bundesweit alle Statistiken an. Über 60 Prozent aller Kinder mit Förderbedarf besuchen Regelschulen, viele schaffen den Wechsel auf höhere Schulen (s. Kasten Länderbarometer).

Dennoch oder gerade deshalb gibt es Probleme. Zwar zeigt eine Reihe von Schulen modellhaft, wie Inklusion im besten Fall aussehen kann. Politisch ist sie – zumindest grundsätzlich – von allen Parteien gewollt. Die Regierung aus SPD, Grünen und der Partei der dänischen und friesischen Minderheiten, SSW, tritt für gemeinsamen Unterricht ein. Für die Opposition stellt CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen fest: „Die inklusive Beschulung ist längst Realität.“ Doch in der Praxis sind Lehrkräfte ebenso unzufrieden wie viele Mütter und Väter von Kindern mit Behinderungen. „Die Eltern wünschen sich gemeinsames Lernen, aber derzeit sind die

Schulen nicht in der Lage, selbst die nötigen Standards einzuhalten“, sagt Angelika Köster-Krohn, Geschäftsführerin des Landesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Schleswig-Holstein. Die Familien

Profis für INKLUSION für Profis



neue Lehrer!“, ruft er. Gisela Sauerberg lässt den Jungen gewähren. Sie unterrichtet an einer Grundschule in Schleswig-Holstein jahrgangübergreifend 20 Kinder der 1. und 2. Klasse, vier mit besonderem Förderbedarf: Joachim ist schwerhörig, die Stimme der Lehrerin wird per Funk an sein Hörgerät übertragen. Elias braucht nach einem traumatischen Er-

che Betreuung, in der Schule nicht. Sauerberg weiß, dass der Junge ständig jemanden an seiner Seite bräuchte, aber das ist in der Dorfschule mit 108 Kindern und sieben Lehrkräften nur selten möglich. „Ich habe eigentlich immer ein schlechtes Gewissen“, sagt die Pädagogin.

Länderbarometer

Im Wettlauf der Bundesländer hin zur inklusiven Schule liegt Schleswig-Holstein weit vorn: 60,1 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, knapp 10 000, besuchen Regelschulen – der Bundesschnitt liegt bei 25 Prozent. Auch Bildungskarrieren gelingen: 80 Prozent der Förderkinder werden inklusiv eingeschult, 60 Prozent wechseln in eine weiterführende Regelschule. Bundesweit starten knapp 40 Prozent im Regelsystem, ab der 4. Klasse bleiben hier lediglich noch 22 Prozent. Die Förderzentren in dem nördlichen Bundesland besuchen einzig Heranwachsende mit besonders hohem Bedarf – nur vier Prozent der Förderschüler schaffen einen Abschluss, im Bundesschnitt ist es ein Viertel. Vor allem Schleswig-Holsteins Gemeinschaftsschulen nehmen Kinder mit Förderbedarf auf – sie sind aber auch mit 149 Standorten der vorherrschende Schultyp vor 99 Gymnasien, 88 Förderzentren und 52 Regionalschulen. In den insgesamt 815 Schulen werden 291 000 Mädchen und Jungen unterrichtet.

(Quellen: Statistik des Bildungsministeriums Schleswig-Holstein, Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Inklusion, März 2013)

attenseiten

müssen die Schulbegleitung organisieren – oft ein langwieriger Kampf mit der Bürokratie, der noch erschwert wird, weil für die Kinder je nach Art ihrer Behinderung unterschiedliche Behörden zuständig sind. Sonderpädagogen kommen oft nur stundenweise in die Klassen. „Inzwischen wollen manche Mütter und Väter ihren Nachwuchs lieber in die Förderzentren schicken“, sagt Köster-Krohn. „Sie fürchten, dass ihre Töchter und Söhne an den Regelschulen nicht ausreichend gefördert werden.“

Ein Kind wie Steffen zum Beispiel. Er sitzt in der 3. Klasse der Großsolter Grundschule ganz hinten links. Nach dem Diktat unterstreicht die Banknachbarin in seinem Heft neun Fehler in zwei Sätzen. Als die Klasse darüber spricht, wie aus der Idee eines Autors ein Buch entsteht, schaltet der Junge offenkundig ab, als ginge ihn das Ganze nichts an. In der Klasse sitzen zwei weitere Inklusions-Schüler: ein Junge mit Diabetes, bei dem Lehrerin Heike Gerusel darauf achten muss, dass er nicht unterzuckert, und ein Mädchen, das als Kleinkind Schlimmes erlebt hat und nun in einer Pflegefamilie lebt. Der Kleinen ist eine Schulbegleiterin zugeteilt, Steffen hat keine.

Nicht ausgebildet

Gerusel tritt an seine Bank, schaut auf die schrägen Buchstabenreihen und bittet ihn, alles noch einmal abzuschreiben. Später berichtet sie, wie unsicher sie sich fühlt: „Was kann ich verlangen? Soll ich ihn mehr fordern oder mehr loben?“ Sie sei für den Umgang mit Förderkindern nicht ausgebildet: „Keiner von uns ist gegen Inklusion, aber wir sind dem nicht gewachsen.“

Die GEW Schleswig-Holstein schlug im September Alarm (s. Kasten). Sie fordert mindestens 1000 zusätzliche Lehrerstellen. Von der Landespolitik kommt kein Widerspruch: Dass zusätzliche Stellen wünschenswert sind, bestreitet niemand. „Die Modellrechnungen der Gewerkschaft mögen ihre Berechtigung haben“, sagt der bildungspolitische

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat. Er ist aber mit Anke Erdmann (Grüne) einig: Der Haushalt



Foto: GEW Schleswig-Holstein

**Matthias Heidn, Vorsitzender
GEW Schleswig-Holstein**

„Inklusion braucht mehr!“

„Inklusion ist ein Menschenrecht. Jede Schülerin und jeder Schüler muss wertgeschätzt und individuell gefördert werden. Dieses Ziel unterstützt die GEW uneingeschränkt.“

Doch die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein sind für Kinder und Lehrkräfte unzumutbar. Deshalb sagen wir: So geht es nicht weiter! Wir brauchen mindestens 1000 zusätzliche Stellen, und wir fordern einen Inklusionsplan, mit dem die Landesregierung den Kurs vorgibt.

Schon für den „Normalbetrieb“ fehlen Stellen, erst recht für den Ausbau der Inklusion. Deshalb ist es grob fahrlässig, dass die Landesregierung nicht aufstocken, sondern sogar noch Stellen einsparen will.

Wir setzen uns mit allen Kräften dafür ein, dass die Politik umsteuert. Denn wir wollen, dass Inklusion erfolgreich ist. Inklusion braucht mehr! Jetzt!“

des hoch verschuldeten Landes könne weitere Stellen nicht finanzieren. Schon wird diskutiert, das Tempo der Umsetzung zu verlangsamen. Habersaat hält eine „gemeinsame Kraftanstrengung von Kommunen, Land und Bund“ für notwendig.

Bildungsministerin Wara Wende (parteilos) bestätigt: „Inklusion ist eine Herausforderung für die kommenden zehn Jahre.“ Im neuen Schulgesetz steht allerdings nur ein grundsätzliches Bekenntnis. Näheres soll ein Konzept klären, an dem das Ministerium „mit Hochdruck“ arbeite, so Wende. Dabei „steht die Frage im Raum, ob es sinnvoll ist, Modellschulen der Inklusion zu entwickeln“, heißt es etwas vage aus dem Ministerium. Gemeint ist, dass Kinder mit Förderbedarf nicht mehr auf alle Schulen verteilt, sondern doch wieder an einzelnen Standorten konzentriert werden. Diese müssten „räumlich, sächlich und personell so ausgestattet sein, dass inklusive Bildung für alle Förderschwerpunkte möglich“ sei. Auch die Ausbildung künftiger Lehrkräfte steht auf der Agenda der Politik: Sie sollten sich bereits im Studium auf die Förderung sozial oder psychisch auffälliger Kinder vorbereiten. Ein weiterer Punkt ist, ob die heutigen Sonderpädagoginnen und -pädagogen fest den Regelschulen zugeteilt werden sollen. Zurzeit sind sie den Förderzentren angegliedert und wandern von Regelschule zu Regelschule.

Das Ministerium will im Frühjahr Ergebnisse vorlegen. Geht es nach der GEW, soll es bereits 2014 mehr Lehrerstellen geben. Pädagogin Gerusel in der Großsolter Schule bestätigt: „Wir wollen, dass die Kinder aus dem Dorf hier zur Schule gehen. Aber die Voraussetzungen müssen stimmen.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

*Kindernamen geändert



MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Agenda für inklusive Bildung

Der GEW-Gewerkschaftstag hat sich dafür stark gemacht, Inklusion in Kitas und Schulen forciert auf den Weg zu bringen. Die Bildungsgewerkschaft hat sich zu einem umfassenden Verständnis von Inklusion bekannt, das klar und deutlich nicht auf Menschen mit Behinderung verengt ist*. Inklusion ist ein Auftrag an die gesamte Gesellschaft, sie muss daher Pädagoginnen und Pädagogen Zeit, Raum und personelle Ressourcen für ihre anspruchsvolle Arbeit in Kitas und Schulen bereitstellen.

Fakt ist: Bisher wird die UN-Behindertenrechtskonvention in den Ländern sehr unterschiedlich umgesetzt (s. Beiträge zur Inklusion in E&W 9, 10, 11 und 12/2013). Wir kritisieren den vielfach schleppend vorangehenden Umbau des Schulwesens hin zu einem inklusiven, die vielerorts unzureichenden Rahmenbedingungen für den Unterricht, die mangelnde Vorbereitung der Lehrkräfte, vor allem aber die fehlenden Stellen, um die pädagogischen Herausforderungen zu bewältigen. Inklusion bleibt so oft ein Schlagwort. Politik wälzt die Verantwortung einfach auf die pädagogischen Fachkräfte ab. Was wir heute und in den kommenden Jahren benötigen, sind Konzepte und Maßnahmen (z. B. veränderte Aus- und Fortbildung, Förder- statt Statusdiagnostik, verbindliche Umbaupläne), die alle Beteiligten vor Ort wirklich unterstützen. Dieser Aufgabe müssen wir uns alle stellen: die GEW und die Politik. Wir brauchen daher eine Agenda für inklusive Bildung, zu der alle Akteure ihren Beitrag leisten müssen. Dazu bedarf es eines verlässlichen Rahmens. Der Wegfall des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern zählt unbedingt dazu, ebenso wie mehr Investitionen in Bildung unerlässlich sind, damit Länder und Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Unverzichtbar ist auch eine veränderte Steuergesetzgebung, sonst lässt sich der Umbau des Schulsystems nicht finanzieren.

Weitere Bausteine eines Gesamtkonzeptes: Das Betreuungsgeld muss in den qualitativen Ausbau frühkindlicher Bildung und Betreuung fließen und ein Qualitätsgesetz für Kitas fer-

ner die Voraussetzungen schaffen, fachliche Qualifikation zu stärken, den Personalschlüssel zu verbessern und inklusive Bildungsangebote zu optimieren. Ein bundesweiter quantitativer wie qualitativer Ausbau des Ganztagsangebotes ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zu mehr guter Bildung für alle Kinder. Ein Bundesprogramm, das den Ganztag ausbaut, für mehr pädagogische Qualität sorgt sowie das Lehr- und Fachpersonal unterstützt, wäre zugleich ein wichtiger Ansatz, den Anspruch auf inklusive Bildung zu verwirklichen. Auch deshalb muss für ein flächendeckendes Angebot der Schulsozialarbeit der Anteil an Bundeszuschüssen erhöht und eine dauerhafte nachhaltige Umsetzung der Finanzierungswege über die Bundeszuständigkeit für die Jugendhilfe gesucht werden. Daran hält die GEW fest, auch wenn der Koalitionsvertrag schon unterzeichnet ist.

Eine Agenda für Inklusion braucht Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Die Bildungsgewerkschaft sucht daher ein breites gesellschaftliches Bündnis. Sie will Sozialpartner, Parteien, Lehrerorganisationen, Bundeselternvertretungen, kommunale Spitzenverbände sowie Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen für ihre Ziele gewinnen, ohne die Landesregierungen aus der Verantwortung zu entlassen.

Zunächst will sich die GEW intern einen aktuellen Überblick über den Stand der Inklusion in den Ländern verschaffen, um dann mit Bündnispartnern weitere Schritte zu planen.

Fest steht: Inklusion braucht eine wertschätzende, alle Menschen fördernde Haltung und unbedingt Zeit und ausreichende Mittel. Dafür setzt sich die GEW ein.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

[*www.gew.de/Beschluesse_7.html](http://www.gew.de/Beschluesse_7.html)

Weitere Infos zur Inklusion: www.gew.de/Inklusion_7.html

Wohnungen für Brandopfer in Südafrika

// GEW ruft zu Spenden auf //

Ein festes Dach über dem Kopf – für viele Menschen in Südafrika ist das bisher ein unerfüllter Traum. Noch immer lebt die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung abseits der Stadtviertel der Weißen unter oft menschenunwürdigen Bedingungen in sogenannten Townships in Hütten aus Wellblech und Brettern. Darin ist es im Winter dann feucht und kalt. Immer wieder kommt es deshalb durch Heizen mit offenem Feuer zu gefährlichen Bränden, die schnell von einer Hütte auf die andere übergreifen.



Foto: Manfred Brinkmann

Vorher: Ein Brand im Township Masiphumelele bei Kapstadt hat viele Menschen obdachlos gemacht.

Ein Brand im Township Masiphumelele bei Kapstadt war auch 2006 Auslöser für die Gründung der Bürgerinitiative „Amakhaya ngoku“ (in der Xhosa-Sprache: Wohnungen jetzt!). Innerhalb kürzester Zeit hatte das Feuer 400 Hütten zerstört. Bewohner konnten sich gerade noch retten und mussten mit ansehen, wie ihr Hab und Gut in den Flammen verbrannte. Mit Hilfe zahlreicher Unterstützer aus dem In- und Ausland – darunter Erzbischof Tutu sowie der Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW – gelang es der Bürgerinitiative, Gelder für den Bau von zunächst acht Häuserblöcken mit 232 Wohnungen zusammenzutragen. 2009 war es dann soweit. Die ersten Familien konnten ihr neues Zuhause beziehen: Zwei-Zimmer-



Foto: John Shaw

Nachher: Mit Unterstützung der GEW konnten etliche Familien ein neues Zuhause beziehen.

Wohnungen mit Solarenergie, die Erdgeschoss-Wohnungen sogar mit kleinem Garten. Damit auch die verbleibenden Opfer des Brandes ein neues Zuhause bekommen, will Amakhaya ngoku jetzt noch vier weitere Häuserblöcke mit 120 Wohnungen fertigstellen. Die Hälfte der Baukosten wird die Regierung des Westkaps finanzieren. Ein weiteres Viertel wollen Bewohner der überwiegend von Weißen bewohnten Nachbarorte von Masiphumelele aufbringen. Das letzte Viertel (rund 250 000 Euro) soll durch internationale Solidarität zusammenkommen.

Fonds hilft Obdachlosen

Sie können dazu beitragen, dass dies gelingt. Helfen Sie mit Ihrer Spende an den Heinrich-Rodenstein-Fonds, damit die Brandopfer in Masiphumelele ein neues Zuhause bekommen. Wir versichern, dass jeder gespendete Euro eins zu eins in Südafrika ankommt, da keine Verwaltungskosten entstehen. Die trägt komplett die GEW.

Spendenkonto:
Heinrich-Rodenstein-Fonds
SEB Bank Frankfurt/Main
Konto 1 707 274 700
BLZ 500 101 11
Stichwort:
Wohnungen in Südafrika

Frieden ist schön

... macht aber viel Arbeit

Konflikte friedlich regeln, Gewalt ohne militärische Mittel eindämmen: Das ist das Ziel des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). Daran arbeiten mehr als 250 ZFD-Fachkräfte in über 40 Ländern.

Für politische Bildung und Friedensarbeit hat der ZFD eine Posterausstellung, Informations- und Unterrichtsmaterialien entwickelt, die Sie online bestellen können: www.ziviler-friedensdienst.org

zfd Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

mit freundlicher Genehmigung der Karl Valentin-Erbn hinsichtlich des Original Karl Valentin-Zitates -Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit-

STAMM Verlag
E&W
Verlagsreisen

Ostern in Leipzig

J. S. Bachs Matthäus-Passion
präsentiert von Thomanerchor
und Gewandhausorchester

4-tägige Musikreise vom 18.04. bis 21.04.2014

ab € 368,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 80,- p. P.



Foto: © Achim-Arthur Leipzig / Jörg Clemens

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0180 / 577 27 28

(0,14 €/Min. aus dem Festnetz; max. 0,42 €/Min. aus den Mobilfunknetzen)

Veranstalter: tsImedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Angst und fehlende Perspektiven

// Unter dem Motto „Aufstieg oder Ausstieg? Wissenschaft zwischen Doktorhut und Katheder“ hat Anfang Oktober die 7. GEW-Wissenschaftskonferenz* in Berlin-Köpenick stattgefunden. //

Eine „Revolution“ – nicht weniger als das ist nach Ansicht von Jan-Hendrik Olbertz nötig, um unser „krankes“ Hochschulsystem zu „heilen“. „Die Relation zwischen Drittmittel- und Grundfinanzierung ist vollkommen aus den Fugen geraten, nur eine Neuordnung des Bund-Länder-Finanzsystems kann die eklatante Unterfinanzierung der Hochschulen beenden“, konstatierte der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin am Müggelsee. Logische Konsequenzen dieser Unterfinanzierung sind nach Ansicht von Olbertz mangelnde Karriereperspektiven sowie unsichere Beschäftigungsbedingungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; das Hauptthema der Konferenz.

Das muss nicht sein, findet Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied und Gastgeber der Tagung. Auf eine Revolution wolle er nicht warten, bis sich am unhalt-

baren Zustand etwas ändere, machte er gegenüber den 160 Hochschulfachleuten klar, die sich im Osten der Hauptstadt versammelt hatten. Keller ist überzeugt: Insbesondere die Bundesregierung hätte bereits jetzt zahlreiche Möglichkeiten, um die Arbeitsbedingungen wissenschaftlicher Beschäftigter zu verbessern. In ihrem „Köpenicker Appell“** hat die GEW daher die Gestaltungsoptionen des Bundes zusammengefasst. Das anlässlich der Konferenz entstandene Papier ist ein Entwurf für ein 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung. Darin fordert die GEW erstens die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG), mit der die Befristungspraxis eingehegt und tarifliche Regelungen zwischen Gewerkschaften und Hochschulen ermöglicht werden sollen. Zweitens erwartet die Gewerkschaft eine aktivere Vergabepolitik in der Forschungsförderung. Der Bund soll als Geldgeber Mitverantwortung für die Beschäftigungsbedingungen in den von ihm finanzierten Einrichtungen übernehmen. Drittens verlangt die GEW in dem Papier ein Förderprogramm für verlässliche Karrierewege in der Wis-

senschaft, mit dem insbesondere Stellen mit einer langfristigen Perspektive – sogenannte Tenure-Track-Stellen – finanziert werden sollen.

Mit dem Köpenicker Appell will die Bildungsgewerkschaft sich in die laufenden Koalitionsverhandlungen einbringen und dazu beitragen, dass bei den anstehenden Entscheidungen auch die Perspektiven der Beschäftigten in den Fokus rücken. „In diesen Tagen werden die Weichen gestellt für die Zukunft der Wissenschaftsfinanzierung“, sagte angesichts der auslaufenden Bund-Länder-Programme – Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation – auch der Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK), Hans-Gerhard Husung. In seinem Vortrag ermutigte er die GEW, sich in die politische Debatte einzumischen. Denn auch Husung bezweifelt, dass das Thema Beschäftigung ausreichend in den Koalitionsgesprächen berücksichtigt würde. Von den 30 ihm bekannten Positionspapieren über die Zukunft der Exzellenzinitiative beispielsweise, so der GWK-Generalsekretär, behandle nur eines intensiv die Belange der Beschäftigten.

In der Verantwortung

Doch nicht nur der Bund ist in der Verantwortung. Sowohl Husung als auch Keller wollten die Beteuerungen der Hochschulrektoren, sie seien aus finanziellen Gründen handlungsunfähig, so nicht gelten lassen. „Die Hochschulen haben nach wie vor genug Geld, um für vernünftige Arbeitsbedingungen zu sorgen“, sagte der GWK-Vertreter unter Protest einiger Konferenzteilnehmenden. Keller findet, dass es sich die Hochschulrektoren zu einfach machen: „Über Jahre haben sie die Hochschulautonomie gefordert und das Leitbild der unternehmerischen Hochschule geprägt – dann sollten sie mit ihrer Autonomie nun auch verantwortungsvoll



Foto: Kay Hirschelmann

Mit dem „Köpenicker Appell“ legt die GEW der neuen Bundesregierung ein 100-Tage-Programm für die Wissenschaftspolitik vor.



Die schlechten Beschäftigungsverhältnisse der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler standen im Mittelpunkt der Konferenz.

umgehen“, verlangte er. HU-Präsident Olbertz widersprach: „Die Hochschulautonomie ist nur eine Fiktion, solange wir unsere theoretischen Spielräume gar nicht finanzieren können.“ Zwar hält auch die GEW das unterfinanzierte Hochschulsystem für unhaltbar, trotzdem forderte Keller die Hochschulen auf, „endlich den Mut zu haben, auch mit Drittmitteln unbefristete Stellen zu schaffen“. Dass das möglich ist, sagt selbst die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Der DFG zufolge könnte man bis zu einem Drittel der Drittmittel in Dauerstellen investieren.

Postdocs ohne Aussicht

Vor allem im Bereich der Post-Doktorandinnen und Post-Doktoranden – der so genannten Postdocs – wären solche Stellen bitter nötig. Das zeigt abermals der Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs, den Autorin Anke Burkhardt auf der Tagung vorstellte (E&W berichtete). „Die Beschäftigungsverhältnisse in den Hochschulen sind in den vergangenen Jahren noch schlechter geworden“, machte die Wissenschaftlerin deutlich. Nach ihrer Studie sind 89,7 Prozent der wissenschaftlichen Beschäftigten befristet angestellt, 44,9 Prozent haben nur eine Teilzeitstelle und 42,5 Prozent wer-

den über Drittmittel finanziert. Lediglich 7,8 Prozent befinden sich in einem Normalarbeitsverhältnis. Nur für jeden dritten hochqualifizierten Postdoc gibt es eine feste Stelle im System Hochschule. Eine Berufslaufbahn unterhalb der Professur ist in Deutschland fast ein Ding der Unmöglichkeit.

Der fehlende Mittelbau – international einmalig – ist nach Ansicht von Julia Richter kein Zufallsprodukt, sondern ein Zeichen für die „nach wie vor herrschende Gutsherrenmentalität“ vieler Lehrstühle an deutschen Universitäten. Richter selbst ist vor Jahren in die Niederlande ausgewandert, weil sie dort eine Tenure-Track-Stelle ergattern konnte, die ihr verbindliche Aussichten auf eine Professur verschafft. „Wer in Deutschland nicht nach den Vorstellungen des Lehrstuhlinhabers tickt, ist ganz schnell raus aus dem System“, hat Richter beobachtet. Die ständigen Befristungen sind zugleich Ausdruck und Voraussetzung für dieses Abhängigkeitsverhältnis. Ihre Stelle in Utrecht hingegen ist für die junge Frau eine echte Befreiung: „Ich habe eine Perspektive und kann angstfrei arbeiten.“

Arbeiten mit Angst und fehlenden Perspektiven – unter solchen Bedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten

selbst, letztendlich geht dies auch zu Lasten der Qualität der Forschung. Für diese bleibt den Postdocs ohnehin kaum noch Zeit. Der große Arbeitsaufwand für die Lehre, die Zuarbeit für Professorinnen und Professoren und das Schreiben von Drittmittelanträgen bestimmen den Alltag der Postdocs an deutschen Universitäten. International sei das ganz anders, berichtete die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), Jutta Allmendinger, die selbst viele Jahre im Ausland geforscht hat. Auch im Vergleich mit den deutlich weniger belasteten Kolleginnen und Kollegen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen entstehe den Postdocs so ein deutlicher Wettbewerbsnachteil, ist die Soziologin überzeugt. Eines der wichtigsten Ziele der Wissenschaftspolitik müsse daher sein, so Allmendinger, allen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wieder mehr Zeit zu geben. Zeit für eigene Forschung, Publikationen und Auslandsaufenthalte.

Markus Hanisch,
Internetredakteur beim GEW-Hauptvorstand

*www.gew.de/Wiko2013.html

**www.gew.de/Koepenicker_Appell.html

„Der politische Rahmen muss

// Ab dem Jahr 2014 herrscht auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien volle Freizügigkeit in der EU. Deutsche Kommunen befürchten, dass mehr vermeintliche Armutsflüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Kommunen jammern, aber suchen auch nach Lösungen. //

Die politische Debatte über die Zuwanderung aus Südosteuropa ist emotional aufgeladen. „Der Bund muss den Handlungsbedarf beim Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung und Wohnraum erkennen und Verantwortung übernehmen“, fordert etwa der Deutsche Städtetag. Der geschäftsführende Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will lieber alle polizeilichen Mittel ausschöpfen, um den „Missbrauch der Sozialsysteme“ zu verhin-

dern. Bundespräsident Joachim Gauck dagegen plädiert für eine „integrationsbereite Zivilgesellschaft“. Dazu gehöre auch mehr Bildungsengagement für die schulpflichtigen Roma-Kinder, so Gauck. Aber um wen geht es hier eigentlich in der öffentlichen Diskussion?

Nicht alle sind Roma

In den vergangenen Jahren sind arme und ausgegrenzte Menschen aus Rumänien und Bulgarien stärker zugewandert. Viele von ihnen, aber nicht alle, kommen mit ihren Kindern; viele, aber längst nicht alle, sind Roma. Sie hätten in ihren Herkunftsländern unter sehr prekären Bedingungen gelebt, seien diskriminiert worden, hätten teilweise offene rassistisch motivierte Gewalt erlitten, stellte der Städtetag im Januar 2013 fest*.

Die Erwachsenen und Kinder, um die es geht, sind EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Das hat Vor- und Nachteile für sie. Einerseits darf der Staat sie nicht einfach zur Ausreise drängen oder abschieben – nur weil sie vielleicht mittellos sind. Andererseits fallen sie nicht unter die Flüchtlingshilfe, haben zunächst keine Ansprüche auf Sozialleistungen oder den Besuch von Integrationskursen. Ihre Kinder allerdings unterliegen der Schulpflicht; außerdem können die Eltern Kindergeld beantragen.

Wie viele Zugewanderte aus Südosteuropa gibt es hierzulande inzwischen? Wie groß ist der Roma-Anteil tatsächlich unter ihnen? Schwierige Fragen. Zum einen, weil es für EU-Bürger keine Verpflichtung gibt, sich offiziell an- oder auch wieder abzumelden. Zum anderen, weil die ethnische Zugehörigkeit von Neueinwanderern nicht erhoben wird. „Und das ist auch gut so“, sagt Wilhelm Dräxler, Migrationsbeauftragter der Caritas in



„Am dringendsten brauchen die Zuwanderer und ihre Familien Wohnungen und Arbeit“, berichtet Andrea Untaru, die in München Neuankömmlinge aus Rumänien berät.

Foto: dpa

sich ändern“

München. Der Caritasverband schätzt, dass Ende 2012 zwischen 322 000 und 482 000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland wohnten. Die meisten sind gut ausgebildet und in den hiesigen Arbeitsmarkt längst integriert. Migrationsforscher wie Klaus J. Bade gehen davon aus, dass nur etwa jeder fünfte Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien zu den „Armutsflüchtlings“ zählt.

Städtetag schlägt Alarm

Der Städtetag hat Alarm geschlagen, weil es die Kommunen sind, die im Fall der Fälle für eine Notunterkunft, medizinische Versorgung, schulische Angebote sorgen müssen. Und weil es dort, wo sich mittellose Zuwanderer niederlassen, schnell einmal, so die Angst, zu Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung kommen könnte. „Eine Armutswanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern ist innerhalb der EU schlicht nicht vorgesehen“, stellt der kommunale Spitzenverband fest. Dennoch gebe es sie. Die Kommunen würden so „zum Reparaturbetrieb für die Regelungsdefizite der Bundesregierung bei den EU-Beitritten“, heißt es im Positionspapier. Es gehe den Städten und Gemeinden nicht „um eine Abschottung Deutschlands vor Zuwanderung“, sondern um gelingende Integration. Doch die könnten diese alleine nicht bewerkstelligen.

Der Städtetag hat nun eine Arbeitsgruppe initiiert, damit die Kommunen eigene Forderungen an Bund und EU konkretisieren und praktikable Lösungen für ihre Probleme austauschen können. Vor allem geht es dabei um die Themen Bildung, Wohnen, Gesundheit und sozialer Frieden. Inzwischen ist auch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Armutswanderung aus Osteuropa“ eingerichtet worden.

Lösungsansätze

Beispiel München: Andrea Untaru berät an ihrem Arbeitsplatz bei der Caritas Neuankömmlinge auf Rumänisch. „Bildung statt Betteln“ heißt die von der Stadt finanzierte Anlaufstelle. „Am dringendsten brauchen die Zuwanderer und ihre Familien Wohnung und Arbeit. Aber

genau das können wir nicht vermitteln“, berichtet Untaru. Einen Hebel hat sie allerdings: Sie kann die Kinder mit Wohnadresse in der Schule anmelden, hilft beim Antrag auf Kindergeld und kümmert sich darum, dass die Schulpflichtigen auch zum Unterricht gehen. „Ich habe gelernt, streng zu sein“, sagt Untaru. Ihr Kollege im Projekt berät in gleicher Weise die aus Bulgarien Zugezogenen.

Beispiel Ruhrgebiet: Schwierig ist die Situation in Duisburg und Dortmund. Diese Kommunen haben einen sprunghaften Zuzug armer Menschen aus Bulgarien und Rumänien erlebt – konzentriert auf ganz bestimmte Stadtviertel mit leerstehenden Häusern, vielen Arbeitslosen und Einkommensschwachen auch in der einheimischen Bevölkerung. Eine heikle Lage für hochverschuldete Kommunen, ein möglicher Nährboden für soziale Konflikte. Die beiden Städte haben die Flucht nach vorn angetreten, einen gemeinsamen „Handlungsrahmen“ entwickelt und Geld von der Landesregierung eingefordert. Das Programm ist ehrgeizig: Durch „aufsuchende Arbeit“ etwa soll frühzeitig geklärt werden, was die Zugezogenen brauchen und was in den Vierteln an Unterstützung benötigt wird. Im Mittelpunkt stehen die Kinder, ihr Wohl unter nicht einfachen Lebensbedingungen, ihr Recht auf Bildung.

Beispiel Berlin: Hier hat der Senat inzwischen einen eigenen „Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ beschlossen. Im Haushalt 2014/15 gibt es Geld u. a. für eine bessere schulische und gesundheitliche Versorgung. Zugewanderte Roma leben hauptsächlich im Bezirk Neukölln. Die dortige Bildungsstadträtin Franziska Giffey (SPD) hat im März 2013 bereits ihren „3. Roma-Statusbericht“ veröffentlicht. Demnach tut sich der Bezirk schwer, die passenden Schulplätze für alle Kinder bereitzustellen, von Kitas gar nicht zu reden. Schwierig ist es dem Bericht zufolge auch, Roma-Jugendliche in Berufsausbildungen zu bringen. Hier nun soll die „Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“ ansetzen. Beispielsweise will man spezielle Lern-

„Arme Roma, böse Zigeuner“

Unter dem Titel „Arme Roma, böse Zigeuner“ hat der langjährige Südosteuropa-Korrespondent Norbert Mappes-Niedick ein provozierendes Plädoyer für eine echte Gleichstellung der europaweiten Minderheit geschrieben. Kapitelüberschriften wie „Sind sie eine Nation oder doch nur eine Unterschicht?“ oder: „Vom Nachteil, ein Unionsbürger zu sein“ deuten die Richtung an. Mappes-Niedick versucht, die Geschichte und Kultur der Roma in Europa zu verstehen, mit ihren Konsequenzen für heutige Integrationsbemühungen. Er setzt sich mit Vorurteilen und Klischees auseinander, zeigt die aktuelle Lage der Volksgruppe in der postkommunistischen Ära Südosteuropas auf, erklärt die Fluchtgründe und diskutiert Alternativen.

hbf

Norbert Mappes-Niedick. Arme Roma, böse Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt. Ch. Links Verlag. Berlin 2012

gruppen anbieten. Konkrete Zahlen zur Klientel enthält jedoch auch die Senatsvorlage nicht. Ausgewiesen wird lediglich die Zu- und Abwanderung aus Bulgarien und Rumänien, ergänzt um den Satz, „ein hoher Anteil“ der Zuwanderer seien Roma. Gut läuft in der Hauptstadt die Unterstützung durch Selbstorganisationen einheimischer Roma. Der Senat stellt jetzt Geld bereit, um dieses Netzwerk auszubauen.

Ob im reichen München, im armen Berlin oder in klammen Städten wie Duisburg oder Dortmund, eins ist klar: Keine Kommune bewältigt die Herausforderungen der Migration alleine; der politische Rahmen muss sich ändern.

Helga Ballauf,
freie Journalistin

[*http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_zuwanderung_2013.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_zuwanderung_2013.pdf)

Schule statt Baumwollfelder



Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit.

// Im Januar 2012 startete die GEW-Stiftung Fair Childhood gemeinsam mit der indischen MV Foundation ihr erstes Projekt. Im Süden Indiens im Kurnool-Distrikt soll Tausenden von Kindern, hauptsächlich Mädchen, die bisher auf Baumwollplantagen arbeiten, der Besuch einer Schule ermöglicht werden. Ein Jahr vor Ende der Projektlaufzeit sprach E&W mit Venkat Reddy, dem Obmann der Stiftung. //

E&W: Wie weit ist es noch bis zu den ersten „Kinderarbeitsfreien Zonen“?



Fotos: Hildegard Jansohn

Venkat Reddy

Venkat Reddy: Die Hälfte unserer avisierten Ziele haben wir geschafft! Der Anfang ist immer der schwierigste Teil eines Projektes. Viele Netzwerke müssen entstehen – zu den Dörfern, den Eltern, den Farmern, den Schulen ... Aufgebaut werden sie von unseren Projektmitarbeitern. Später handeln diese Netzwerke selbstständig und werden von

uns nur noch beraten und begleitet. So haben wir u. a. in der Projektregion ein Teacher-, ein Childrights-Protection- und ein Farmer-Forum etabliert. Der Sinn: Ein vom Unrecht der Kinderarbeit überzeugter Farmer kann andere besser überzeugen, keine Kinder mehr zu beschäftigen, als wir. So ist es durch die Zusammenarbeit mit Familien und Schulen in einigen Gebieten bereits gelungen, Kinderarbeit und die Quote der Schulabbrecher um die Hälfte zu reduzieren.

E&W: Was heißt das in Zahlen?

Reddy: Im Kurnool-District leben 3760 Kinder zwischen sechs und 14 Jahren. Hinzu kommen während der Erntephasen 3300 arbeitende Kinder von Wanderarbeiterfamilien, die bisher meist keine Schule besuchten. Von den 2730 in den Schulen registrierten Schülerinnen und Schülern arbeiteten zu Beginn unseres Projektes 24 Prozent auf den Baumwollfeldern. Sie nahmen nur unregelmäßig am Unterricht teil. Durch Beratung und Mobilisierung konnten wir die Hälfte dieser Mädchen und Jungen aus der Kinderarbeit herauslösen und von einem regelmäßigen Schulbesuch überzeugen. Auch bei den Töchtern und Söhnen der Wanderarbeiter waren wir erfolgreich: 1577 Kinder sind von Kinderarbeit befreit worden und konnten all-



Kasturi, 13 Jahre alt, Baumwollpflückerin, hat nie eine Schule von innen gesehen. Das wird sich bald ändern.

mählich in die Schulen integriert werden, z. T. bereits in Brückenschulen in der Heimatregion.

E&W: Der ursprüngliche Anstoß für die MV-Foundation, in der Projektregion aktiv zu werden, kam offiziell von der Distriktregierung in Kurnool. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Behörden?

Reddy: Aufgrund des wachsenden Drucks der in den Gemeinden und den Foren engagierten Gruppen reagiert der Staat: Nichtqualifizierte Lehrkräfte hat man bereits ersetzt oder durch freiwillig tätige Pädagogen ergänzt. Die Einbindung der Schulbehörde schafft Verständnis. Dennoch wird es noch einige Zeit dauern, bis sich staatliche Stellen wirklich engagieren und unsere Arbeit stärker unterstützen.

E&W: Bei unserem Besuch im vergangenen Jahr trafen wir ein sehr motiviertes und für die Rechte der Kinder eintretendes Kollegium. War dies ein Einzelfall?

Reddy: Während unserer Mobilisierungskampagne trafen wir viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben sie besonders gewürdigt und sie wurden inzwischen in das „Teachers Forum for Child Rights“ aufgenommen. Diese Gruppe hat viel bewirkt. In den Schulen und Gemeinden hat sich das Bewusstsein für die Rechte der Kinder, vor allem deren Recht auf Bildung, verändert. Allein dadurch konnten wieder mehr Heranwachsende in die staatlichen Schulen zurückgeholt werden.

E&W: Wird die Arbeit nach Ende der Projektphase nachhaltig fortgesetzt?

Reddy: Ganz bestimmt. Die am Programm teilnehmenden Eltern und Gemeindeglieder werden sich auch in Zukunft für Bildung einsetzen. Die durch die Foren geschaffenen neuen Chancen zur Mitsprache in den Gemeinden garantieren auch zukünftig die Sensibilisierung für die Rechte von Kindern. Regierungsvertreter und die Lehrkräfte werden ihre Mitarbeit und Unterstützung verstärken. Ende 2014 werden 90 Prozent der Kinder eine Schule besuchen und sich danach weiterbilden. Zehn Dörfer werden wir zu „Kinderarbeitsfreien Zonen“ erklären können!

Interview: Steffen Welzel,
Vorstand der GEW-Stiftung Fair Childhood

**Spendenkonto Fair Childhood: Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000
Kennwort: 0-P6A2-ADZ6**

KREISEL e.V. Institut für Weiterbildung & Familienentwicklung
HAMBURG & HEIDELBERG
www.kreiselhh.de

Leitung: Dr. JOCHEN KLEIN & MARGARITA KLEIN
WEITERBILDUNG Lerntherapie (Dyslexie/Dyskalkulie)
HAMBURG Beginn: 17. Januar 2014 & 25. April 2014
HEIDELBERG Beginn: Termin 2014 auf Anfrage
KREISEL e.V. - Ehrenbergstr. 25 - 22767 Hamburg - Tel 040 - 38 61 23 71

Für Sie fertigen wir gute Taschen zu guten Preisen!

- Qualitätsbewusst
- Nachhaltig
- Sozialverträglich
- Kundenorientiert

Besuchen Sie unseren neuen Shop:
www.jahn-lederwaren.de

Theaterpädagogik-Ausbildung
ab März 2014.
www.theatervolk.de

NaturaMed Vitalclinic

Burnout-Kur Psychosomatik
Depression
Rücken
Abwehr
Essstörungen

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de
akutklinik.de

Ganzheitsmedizinische Ursachen-diagnose

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und Wissenschaft
rufen Sie uns an: 0201 843 00 - 31

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Neue Kurzzeittherapie bei Burn out und Stressfolgeerkrankungen

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). Einzelzimmerunterbringung, persönliche Atmosphäre, ganzheitliches Therapiekonzept, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

Kostentransparenz und Kostensicherheit: Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

Kontakt: ☎ 0049 (0)7520 927-0
info@klinik-wollmarshoehe.de
www.klinik-wollmarshoehe.de

www.wollmarshoehe.de

3 in 1 Im 3in1 finden Sie 3x Gutes und Schönes:

Geschenke | Schmuck | Naturkosmetik
www.dreieineins.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

LONDON
4 Tage Flugreise inkl. Ü/N/F ab **199 €** p.P.
... SO MACHT BILDUNG SPAß!
www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen

- Klassenfahrten
- Wochenendarrangements

Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Schultaschen für Lehrer/innen
Groß, robust, praktisch, schön

HERMEDIA Verlag
Postfach 44
93337 Riedenburg
F: 09442/92209-66
T: 09442 / 922 090

Herstellerpreis ab 69,- €
(14 Tage Rückgaberecht)

Besuchen Sie uns: www.timetex.de

FLEISCHPLAKATE

8 DIN A1-Plakate mit Infografiken aus dem FLEISCHATLAS 2013.
Jetzt bestellen oder einzeln downloaden:
www.boell.de/fleischatlas
10,00 € zzgl. Versand

HEINRICH BÖLL STIFTUNG Schumannstraße 8, 10117 Berlin, Telefon 030-285340, www.boell.de

www.streitumressourcen.kkmosambik.de

INTERAKTIVE ONLINE LERNPLATTFORM

STREIT UM RESSOURCEN:

ROHSTOFFBOOM UND MENSCHENRECHTE IN MOSAMBIK

- drei Lernpfade à 90 Minuten in zwei Schwierigkeitsgraden für Sekundar- und Berufsschulen
- didaktisch aufbereitet für zwei Altersstufen
- Stimmen, Informationen, Positionen und Argumente aus Mosambik
- multimediale Lerneinheiten inkl. Arbeitsmaterial-Downloads
- interaktive Bausteine
- frei zugänglich

Investitionen Kohle
Entwicklung Reichum
Mosambik Deutschland
Rohstoffe Globalisierung
Gerechtigkeit
Menschenrecht Armut
Bevölkerung

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

www.streitumressourcen.kkmosambik.de

Sichere 7 Jahre Grüne Rendite aus Wald

ForestFinance
Wir machen Wald.

GreenAcacia

Ihre Investition in zukünftige Biotope.

- Nur 7 Jahre Laufzeit
- Auszahlungen bereits ab Jahr 1 möglich.
- Bis zu 6% Rendite p.a.

BaumSparVertrag

Ihre Investition in Wald- und Artenschutz.

- Ab 33€ monatlich oder 360€ jährlich.
- 4 bis 9% Rendite p.a.

Infos unter 02 28/943 778-0
www.forestfinance.de/EuW



Jeder Kontoinhaber, ob Privatperson oder Unternehmen, muss sich mit SEPA auseinandersetzen.

Betrifft SEPA

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

im europäischen Zahlungsverkehr gibt es mit Beginn des nächsten Jahres Neuerungen. Das gesamte bisherige Überweisungs- und Lastschriftsystem wird durch ein einheitliches europäisches Verfahren (Single Euro Payment Area – kurz SEPA) ersetzt. Jeder Kontoinhaber, ob Privatperson oder Unternehmen, ist von der Umstellung auf SEPA betroffen. SEPA gilt für den gesamten EU-Raum sowie für Norwegen, Island, Liechtenstein, die Schweiz und Monaco.

Wie funktioniert SEPA?

In diesem Verfahren werden alle deutschen Kontonummern und Bankleitzahlen durch die internationale Kontonummer (IBAN) und Bankleitzahl (BIC) ersetzt. Man findet IBAN und BIC übrigens bereits seit 2003 auf jedem Kontoauszug. Wichtig: Bisherige Einzugsermächtigungen bleiben bestehen, werden jedoch in ein SEPA-Mandat – gemeint ist damit die rechtliche Legitimation für den Einzug von SEPA-Lastschriften – mit einer entsprechenden Mandatsreferenz-Nummer* umgewandelt.

Diese Änderung tritt bundesweit spätestens am 1. Februar 2014 in Kraft. Die GEW stellt ihren Zahlungsverkehr frühzeitig um, sodass bereits ab dem 1. Januar 2014 der Beitragseinzug nach der neuen Einzugsweise erfolgt. Für die Anpassung an den europaweiten Standard müssen Sie als Mitglied selbst nichts veranlassen, alle notwendigen Maßnahmen trifft die GEW.

Was ist neu?

Ihre für SEPA notwendige Mandatsreferenznummer setzt sich aus Ihrer Mitgliedsnummer, Ihrer Kontonummer und einer fortlaufenden Nummer zusammen, jeweils getrennt durch die Buchstaben X bzw. M.

Für das neue Einzugsverfahren wird außerdem eine Gläubiger-Identifikationsnummer benötigt.

Für die GEW ist es diese: DE 31ZZZ00000013864

Beide Nummern, Mandatsreferenz- und Gläubiger-Identifikationsnummer (ID) finden Sie künftig bei einem Beitragseinzug auf Ihrem Kontoauszug wieder.

Ihren Mitgliedsbeitrag ziehen wir gemäß GEW-Satzung im gewohnten Turnus von Ihrem Konto ein – ab Januar 2014 nun nach neuem europäischen Standard.

Weitere Informationen zum Thema SEPA finden Sie auf unserer Homepage unter www.gew.de/sepa.html. Für Beitragsänderungen wenden Sie sich bitte an die Mitgliederverwaltung des zuständigen Landesverbandes.

Bei der Gelegenheit möchten wir Sie auf einen weiteren Service hinweisen. Im Netz können Sie künftig unter der Adresse www.gew.de/Aenderungsmeldung.html über eine gesicherte Verbindung auch Änderungsmitteilungen online übermitteln.

Petra Grundmann,
Leiterin der Abteilung Finanzen beim GEW-Hauptvorstand

***Die Mandatsreferenznummer ist ein vom Zahlungsempfänger individuell vergebenes Kennzeichen eines Mandats. Die Mandatsreferenz darf bis zu 35 alphanumerische Stellen umfassen und dient in Kombination mit der ID-Nummer zu einer eindeutigen Identifizierung des dem Lastschrifteinzug zugrundeliegenden Mandats.**

Mehr Geld für Streikkasse

// Die Finanzkraft einer Gewerkschaft macht ihre Kampfkraft aus – dieser vermeintlich verstaubte Gewerkschaftsgrundsatz hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. In den Tarifverhandlungen mit privaten und öffentlichen Arbeitgebern konnten die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen nach mehr Geld oder nach Tarifverträgen oft nur durch langwierige Arbeitskämpfe mit Warnstreiks und Streiks erreicht werden. //

Wie alle Gewerkschaften unterstützt die GEW ihre streikenden Mitglieder finanziell. Die Tarifeinsetzungen nehmen allerdings zu. Die Bildungsgewerkschaft rechnet damit, dass in den kommenden Jahren auch Beamtinnen und Beamte sich zunehmend an Auseinandersetzungen beteiligen werden. Die in den vergangenen Jahren praktizierte automatische Übertragung von Tarifergebnissen aus dem Angestellten auf den Beamtenbereich wird von vielen Bundesländern inzwischen ganz oder teilweise verweigert. Daher müssen die Gewerkschaften künftig ebenso im Beamtenbereich angemessene höhere Besoldungen erstreiten.

Hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Teilnahme von Beamtinnen und Beamten an Arbeitskämpfen gab es bereits diverse Gerichtsurteile (E&W berichtete). Eine endgültige Entscheidung steht allerdings noch aus.

Der Gewerkschaftstag der GEW hat sich im Zusammenhang mit den Beschlüssen zu den Grundsätzen der Haushaltspolitik auf höhere Mitgliederbeiträge geeinigt.

Es war Konsens, den Bestand des Kampffonds (Streikkasse) schrittweise zu erweitern, damit sie als Gewerkschaft auch kommende Aufgaben und Streiks finanziell stemmen kann. Der höhere Mitgliedsbeitrag dient ausschließlich dazu, den Kampffonds besser auszustatten und betrifft daher auch nur jene Mitglieder, die von Tarifeinsetzungen unmittelbar oder mittelbar betroffen sind und von den erzielten Tarifergebnissen profitieren: Angestellte im öffentlichen Dienst sowie Beamtinnen und Beamte. Bei diesen Gruppen erhöht sich die Berechnung des Beitrags – ausgehend vom jeweiligen Einkommen – um 0,03 Prozentpunkte, bei Pensionärinnen und Pensionären um 0,02 Prozentpunkte.

Wichtig zu wissen: Diese zusätzlichen Mittel werden nach Abzug des an den DGB abzuführenden Beitragsanteils als „Vorwegabzug“ der Streikkasse unmittelbar und in voller Höhe zugeführt. Somit ist die Erhöhung entsprechend der Beschlusslage des Gewerkschaftstags zweckgebunden und wird ausschließlich für Tarifeinsetzungen und als „Streikgeld“ verwendet.

Ab Januar 2014 werden die höheren Beiträge eingezogen. Für Beschäftigte im Bereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L) sowie für Beamtinnen und Beamte in bestimmten Bundesländern erfolgen zudem noch Beitragsanpassungen, die aus der letzten Tarif- bzw. Besoldungsrunde resultieren.

Die aktuelle Beitragsordnung steht im Internet unter <http://www.gew.de/Beitragsordnung.html>.

Petra Grundmann,
Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs
Finanzen

„Besser in der Muttersprache sprechen“

(E&W 09/2013, Seite 21 ff.: „Türkisch sprechen hilft“)

In den 1970er- und 1980er-Jahren war man überzeugt – und manchmal ist man das immer noch –, dass die Muttersprache des Kindes nur störe.

Selbst die Eltern mit Wurzeln aus anderen Staaten sollten, so hieß es, mit ihren Kindern „Deutsch“ reden. Schon damals fand ich diese Forderung falsch. Ich habe selbst erlebt, dass es besser ist, mit seinem Kind in der Muttersprache als in einem schlechten Deutsch zu sprechen. Deutsch sollten die Kinder von muttersprachlichen Erwachsenen und Kindern lernen.

Christiane Pěček, Berlin



„Hofberichterstattung“

(E&W 9/2013, Seite 31 f.: „Nationale Konferenz zur Inklusion: ‚Das wollen wir – wir fangen an!‘“ und Seite 32 f.: „Grundschule Mönchgut auf Rügen: Inklusion bringt neues Know-how“)

Was macht die Redaktion denn auf einmal für eine Hofberichterstattung in Sachen Inklusion? Wo ist der weite Blick auf den Umgang mit Unterschieden und diskriminierenden Praktiken – stattdessen wird Inklusion auf den Aspekt Behinderung verkürzt? Wo bleibt der kritisch analysierende Blick auf die wenig befriedigenden Schritte zur Umsetzung der UN-Konvention? Und dann folgt noch der Jubelbericht über das sogenannte Rügener Inklusionsmodell, das genau dem verengten Blick des Artikels auf das Thema Inklusion entspricht und das zudem ein durchaus strittiges Konzept pädagogisch aggressiver sonderpädagogischer Prävention betreibt. Und das wird nun auch bei der GEW erfolgreich als Inklusion verkauft. Ich will es nicht glauben!

Prof. Andreas Hinz, Halle –
seit Mitte der 1990er-Jahre
mit Inklusion beschäftigt.

Infos: <http://www.inklusionspaedagogik.de>

>> Fortsetzung auf Seite 46

>> Fortsetzung von Seite 45

„Ist das wirklich Inklusion?“

Das klingt alles sehr hoffnungsvoll. Aber ist das wirklich Inklusion, die mit Blick auf Artikel 24 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gemeint ist, wenn auf Rügen nur „Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, Lernverzögerungen und emotionalen Beeinträchtigungen [...] gemeinsam mit Regelschülern unterrichtet“ (S. 32) werden? Was machen die Schülerinnen und Schüler, bei denen ein Förderbedarf in den Förderschwerpunkten geistige, körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sprache und Sehen festgestellt wird?

Carsten-Rensinghoff-Institut –
Institut für Praxisforschung, Beratung und
Training bei Hirnschädigung, Witten

„Wird Problem nicht gerecht“

(E&W 9/2013, Seite 35: „Glosse: Rechtschreibkatastrophe: Ein Blick in den SPIEGEL“)

Die „Glosse“ wird dem Problem, das der SPIEGEL-Artikel behandelt, nicht gerecht. Mag man über die Ursachen vielleicht streiten können, die Folgen mangelnder Rechtschreibkenntnisse sind offensichtlich: Wer nicht (gut) schreiben kann, hat es in Ausbildung und Beruf ebenso schwer wie im Alltag. Statt sich am SPIEGEL abzuarbeiten, sollten wir Wege finden, gerade die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, denen das Elternhaus beim Schreiben und Lesenlernen nicht helfen kann. Das geht auch mit „Lesen durch Schreiben“, aber nicht ohne mehr individuelles Fördern, besonders in der Grundschule.

Robert Dübbers, Bielefeld

„Irritiert“

(E&W 9/2013, Seite 40 f.: „Populistische Irreführung“)

Thomas Gesterkamps Artikel lässt mich irritiert zurück. Freute ich mich zuerst, dass er mit dem „Familiensplitting“ à la Wolfgang Schäuble (CDU) eine der zahlreichen Merkelschen Mogelpackungen entlarvt, kommt das dicke Ende in Form der markigen Aussage: „Für Kinder aus vielen Hartz-IV-Haushalten und Migrantenfamilien ist der Besuch öffentlicher

Betreuungseinrichtungen eine Chance zur Emanzipation.“ Was hat den Autor nur zu einer solchen Aussage getrieben? Weiß er nicht, dass das Betreuungsgeld voll auf ALG-II-Leistungen angerechnet wird (Paragraf 10 Abs. 5 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes)? „Wahlfreiheit“ (also das, was die CSU dafür hält) gibt es für Geringverdiener nicht. Und warum um alles in der Welt erscheint es Gesterkamp gerechtfertigt, Kindern aus Migrantenfamilien pauschal Emanzipationsbedarf zu unterstellen?

Sebastian Bauer, ehem. Elternreferent
des AStA der Universität Mainz, Jugenheim

„Altbekannte Polemik“

Unter dem Titel „Populistische Irreführung“ hat es sich Thomas Gesterkamp zum Ziel gemacht, die steuerpolitischen Wahlversprechen der Unionsparteien als sozial ungerecht zu demaskieren – grundsätzlich ein berechtigtes Anliegen. Leider kippt seine Argumentation gegen Ende des Beitrags jedoch in die altbekannte Polemik gegen das „Einverdienermodell“, also die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Der Autor kritisiert das Dogma staatlicher Subvention der Hausfrauenehe, das in Form politischer Instrumente wie „Ehegattensplitting, der Mitversicherung von Ehefrauen und einer vom Ernährerlohn abgeleiteten Witwenrente“ in Erscheinung tritt. Ersetzt werden solle es, so Gesterkamp, durch ein anderes Dogma: das der berufstätigen Mutter und der dann nötigen „staatlichen Fremdbetreuung“. Grundsätzlich stellt sich die Frage: Soll die Politik selbst gewählte Lebensentwürfe unterstützen oder sollen sich Bürgerinnen und Bürger nach staatlich formulierten Normen richten?

Marie Varga (per E-Mail)

„Frieden und Sprache“

(E&W 9/2013: Beilage „Lernen für den Frieden“)

Den Aufruf für den Frieden unterstütze ich gern. Bitte schauen Sie sich in eben diesem Zusammenhang aber noch einmal die Seiten 3 und 4 der E&W-Ausgabe 9/2013 an. Im letzten Satz des Artikels von Petra Grundmann steht, „... dass die Bildungsgewerkschaft ... kampffähig bleibt“. Und in der GEW-Shop-Anzeige

findet sich das Wort „Kampffonds“. Wie passt das zusammen? Auch hinsichtlich der Sprache plädiere ich für eine „friedliche“ Ausdrucksweise.

Ute Feddersen-Hansen,
Wittdün auf Amrum

„Eher Ballast als Chance“
(E&W 10/2013, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Mehrsprachigkeit“)

Sehr schön, dass die Redaktion das Thema „Mehrsprachigkeit“ gewählt hat. Sämtliche Artikel habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich unterrichte Französisch und Deutsch als Fremdsprache (DaF) an einer Realschule.

Zu dem Artikel von EU-Kommissarin Androulla Vassiliou eine Anmerkung: Schülerinnen und Schüler aus der Realschule haben – im Vergleich zu Gymnasiasten – kaum eine Chance, an einem der von der Europäischen Union subventionierten Sprachprogramme teilzunehmen. Was DaF betrifft: Da haben wir noch einen sehr langen Weg vor uns. Es gibt Schulen, in denen in diesem Bereich sehr gute Arbeit geleistet wird, und Einrichtungen, bei denen nichts in Sachen interkultureller Bildung passiert. Schulen begreifen Mehrsprachigkeit noch zu selten als Chance, sondern eher als Ballast. Und das Hauptproblem ist – wie in einem der Artikel sehr gut beschrieben –, dass der Einfluss der Bildungssprache auf die Schulleistungen unterschätzt wird. Lehrkräfte müssten deshalb viel mehr Angebote für Fortbildungen erhalten. Doch nur Schulen mit hohem Migrantenanteil haben hier eine gute Chance.

Isabelle Le Roy (per E-Mail)



E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft, Postfach 900409,
60444 Frankfurt a. M.,
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN
BARCELONA
4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.
... SO MACHT BILDUNG SPASS!
www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



www.alternativ-tours.de
Alternativ-Tours Wilmersdorfer Str. 94
Tel. (030) 21 23 41 90 10629 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und Wissenschaft
rufen Sie uns an: 0201 843 00 - 31

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

HISTORISCHE ZEILVAART **Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer**
Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.
HARLINGEN
Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:
Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland.
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654
www.historischesegelfahrt.de

HARZ JUGENDGÄSTEHAUS
Mit Harz und Seele
Klasse wir fahren...
neue Pauschalangebote, preisgünstig individ. zusammenstellbar, großzügige Lehrerfreiplätze, moderne Veranstaltungs- und Seminarräume, 5 min. Fußweg in die Altstadt, direkt am Wald
Tel.: 05522 / 5595, Fax: 05522 / 6869
jgh.harz@osterode.de
www.jugendgaestehaus.osterode.de

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, ruhige Lage, Nichtraucherhaus, exzellenter Service u. super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

MESO Klassenfahrten und Individualreisen mit dem Kanu
LAHRE LOIRE MECKLENBURG MASUREN T 02408 / 3196 0172 / 242 2080
www.meso-reisen.de

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

REAL-TOURS
Tel 0039 / 0547 / 672727 · Fax / 672767
Via Bartolini 12 · 47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen · info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2014
Busfahrten → nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 240,- HP
Busfahrten
→ zur **Toskana-Küste**, → zum **Gardasee**, → nach **Rom**, → nach **Sorrent**,
→ nach **Südtirol**, → nach **Spanien**, → nach **Griechenland**, → nach **Prag**,
→ nach **Paris**, → nach **London**, → nach **Berlin**, → nach **München**.
Pakete für Fahrten bei eigener Anreise z. B. per Flugzeug. Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2014.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada · Im Steinach 30 · 87561 Oberstdorf
Tel 08322 / 800 222 · Fax 08322 / 800 223

KLASSENREISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:
Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab EUR 220,-
Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...
✈ Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...
☎ Tel. 030/3030836
KLASSE REISEN GmbH · www.klasse-reisen.com · mail@klasse-reisen.com

AGARIA TOURS Fachveranstalter für Pragreisen
PRAHA
Prag? Nur mit uns!
Geprüft: Alles, was wir anbieten, testen wir vorher selbst.
das tschechische team
Infos: 040 / 280 95 90 · www.agaria.de · prag@agaria.de

Schulfahrt.de
Klasse Reisen
Katalog **gratis** bestellen!
☎ 0 35 04 / 64 33-0
info@schulfahrt.de
Angebot sofort

Klassenfahrten London mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN
ROM
4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.
... SO MACHT BILDUNG SPASS!
www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

Insel Rügen: 5-Sterne-Ferienwohnungen für 2-4 Pers., exklusive Ausstattung mit Terrasse und Kamin, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de

Klasse! Rein in die Natur.
Klassenfahrten in Naturfreundehäuser
www.naturfreunde-klassenfahrten.de

CJD MALENTE – BILDUNGSZENTRUM –
Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz
Teamentwicklung für Schulklassen:
▪ Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
▪ Training im Hochseilgarten Malente
▪ Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye
Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente www.cjd-malente.de
Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16 info@cjd-malente.de

KLASSENFAHRTEN SEGEL- und SURFKURSE
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei
03.10.-30.04.:
5 Tage Übernachtung/
Vollpension € 79,-
www.ostwind.com
anerkannt vom DSV, anerkannt vom DMYV, Mitglied im VDS

LONDON www.s-e-t.de
Tel: 0421-308820
S-E-T
• Top-Hotels • Top-Programm • inkl. Oxford
Der Spezialist für Klassenfahrten England
• Shakespeare at the Globe

Diesmal

Wir von der CDU sind dafür...



... das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik zu lockern!

Wir von der SPD waren schon vorher dafür...



... dass dieser Verfassungsunfall beseitigt wird!

Wir von der Wirtschaft sind schon lange dafür...



... dass dieser Idiotenparagraf wekommt!

Wir Lehrkräfte sind sowieso dafür...



... dass die Kleinstaaterei aufhört!

Wir Eltern sind erst recht dafür...



... dass mehr Kohle in die Schule fließt!

Wir Bayern sind dafür...



... dass wir dagegen sind.